

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 143.

Donnerstag, den 21. Juni 1917.

24. Jahrg.

„... befreien wir uns selbst!“

Wilson hat wieder einmal eine Rede gehalten, in der er den heiligen Krieg der Weltdemokratie gegen die deutsche Autokratie ankündigt. In der deutschen Presse wird ihm darauf mit Recht zweierlei erwidert werden: Erstens, daß Wilson zweieinhalb Jahre lang während des Krieges die deutsche Autokratie seiner freundschaftlichen Gefühle versichert hat, und daß er den notwendigen Krieg gegen sie, selbst als er ihn begann, noch gar nicht begriffen hatte, da er ihn ganz anders, nämlich mit der Gefährdung der amerikanischen Schifffahrt durch den U-Boot-Krieg, und nur damit begründete. Zweitens, daß es die Aufgabe des deutschen Volkes selbst ist, die ihm zuträglichste Staatsform zu finden und gegen innere Widerstände durchzusetzen. Oder, wie der Reichskanzler in einer seiner wunderlichen Reden sagte: „Wo wir von etwas zu befreien sind, da befreien wir uns selbst!“

Diese beiden Einwendungen sind unbedingt richtig, bedürfen aber noch einer näheren Ausführung. Was die erste betrifft, so kommt es gar nicht darauf an, was für den Präsidenten Wilson der wirkliche Kriegsgrund ist, sondern nur darauf, was das amerikanische Volk und die anderen Völker der Welt für den eigentlichen Kriegsgrund halten. Und da muß man nun feststellen, daß so ziemlich die ganze Welt — einige wohlwollende Neutrale ausgenommen — fest davon überzeugt ist, daß die deutsche Autokratie der Feind des Friedens und der Freiheit sei, und daß es deshalb notwendig sei, sie niederzukämpfen. Ein neues Zeugnis dafür unter zahlreichen anderen ist der Aufruf des Präsidenten der amerikanischen Arbeitervereinigungen, in dem es heißt: „Die Welt kann nicht länger eine halbe Autokratie oder eine halbe Demokratie ertragen. Entweder die eine oder die andere wird obliegen.“ Der Glaube an die deutsche Autokratie, mag er nun begründet sein wie ein exakt wissenschaftliches Urteil oder so unbegründet wie in Teufels- und Hegenwahn, — dieser Glaube ist eine Macht. Er ist vielleicht die fürchterlichste Macht, mit der wir zu kämpfen haben. Und nicht mit Worten, nur durch Taten können wir ihn besiegen.

Damit kommen wir zu dem zweiten Einwand: „Wo wir von etwas zu befreien sind, da befreien wir uns selbst!“ Sehr richtig, ausgezeichnet — aber, wenn die bescheidene Frage erlaubt ist, wann fangen wir es an? Wenn wir uns von dem, wovon wir zu befreien sind, selber so rasch wie möglich befreien, schlagen wir dem Gegner die stärkste moralische Waffe, über die er verfügt, aus der Hand. Oder sind wir etwa von nichts zu befreien? Antwort auf diese Frage geben wieder die unzähligen ausgezeichneten Reden des Reichskanzlers, in denen von Wut und Mord und Unrat die Rede war, die hinweggeräumt, von veralteten Vorrechten, die beseitigt werden müßten, von der Freiheit, die sich dieses herrliche deutsche Volk durch seine Leistungen im Kriege verdient hätte. Man kann also nach all diesen Erklärungen des Reichskanzlers unmöglich behaupten, daß das innere Befreiungswerk Deutschlands abgeschlossen sei, und daß wir schon alle Freiheit besäßen, die wir uns vernünftigerweise wünschen können.

Auf die Ausführungen dieses inneren Befreiungswerkes zu drängen, halten wir Sozialdemokraten für höchste patriotische Pflicht. Leider finden wir damit nicht an allen Stellen — seien wir doch ganz aufrichtig! — wir finden an keiner Stelle außerhalb unserer eigenen Partei die erwünschte Gegenliebe. Ja, mit Hilfe einer Argumentation, die humoristisch zu nehmen wäre, wäre die ganze Sache nicht so verflucht ernst, verflucht man den Spieß umzudrehen und zu sagen: weil das feindliche Ausland vorgibt, gegen Deutschland einen Kampf für die Freiheit zu führen, darum sei ein wirklicher Kampf um die Freiheit in Deutschland eine Unternehmung des feindlichen Auslandes.

Dieser hanebüchene Unsinn wurde von konservativen Blättern so lange gepredigt, bis er selbst von einigen zentralen Behörden, die geistig für ihn disponiert waren, geglaubt wurde. Der preussische Kultusminister, Trotz zu Solz, will jetzt den Kindern in der Schule erzählen lassen, daß „feindliche Agenten“ zwischen dem Volk und dem Kaiser und seiner Regierung Mißtrauen zu säen bestrebt seien. Nun wissen wir nicht, wer in dieser Zeit mehr darauf bedacht ist, das besagte Mißtrauen zu säen als die konservativen und die Alideutschen. Somit wären diese „feindlichen Agenten“. Inbes sind wir davon überzeugt, daß der Kultusminister an diese Gruppe von Mißtrauenssäern nicht im entferntesten gedacht hat. Wenn er überhaupt an etwas gedacht hat — was man schon des Respekts wegen, den man den höchsten Behörden schuldet, annehmen muß — dann hat er an die Freiheitlich-demokratischen Richtungen im Volke gedacht, die allerdings zu gewissen preussischen Zentralstellen in einem ganz besonders intimen Mißtrauensverhältnis stehen. Dazu möchten wir uns nun denn doch die bescheidene Anmerkung erlauben, daß nicht jeder, der den preussischen

Kultusminister nicht für den berufenen Mann der sogenannten Neuorientierung hält, ohne weiteres ein feindlicher Agent zu sein braucht.

Daß es Deutsche gibt, die mit Bewußtsein die Geschäfte des Auslandes besorgen, ist glücklicherweise nicht bewiesen. Wer aber das Heil des deutschen Volkes in einer bestimmten Richtung sucht und dabei im eigenen Volke auf fanatische Widerstände stößt, der kann wohl zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Träger dieser Widerstände zwar

nicht bewußt, aber unbewußt den Absichten des feindlichen Auslandes Vorschub leisten.

Wir halten den schleunigen Uebergang Deutschlands zu einem durch und durch freiheitlichen, demokratisch-parlamentarischen Regierungssystem für eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes. Und wer sich diesem Befreiungswerk widersetzt, der spielt nach unserer Ueberzeugung, ohne es zu wissen, das Spiel der Gegner, die auf den Niederbruch des Deutschen Reiches hinarbeiten.

Die Verhandlungen in Stockholm.

Stockholm, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der französische Munitionsminister Albert Thomas äußert sich im hiesigen „Sozialdemokraten“ über das Memorandum der deutschen Delegation in einem längeren Artikel, an dem er in der Hauptsache folgendes ausführt:

Das Schriftstück der deutschen Sozialdemokratie kann ich nicht unbeantwortet lassen und ich glaube, daß mein persönlicher Eindruck von der Mehrheit meiner Freunde geteilt wird. Bei der Lektüre dieses Manifestes war ich bestürzt und über die Friedensausichten sehr beunruhigt.

Ich hatte schon oft bei früheren Kongressen, auch während des Krieges den Eindruck, daß die Denkart der deutschen Sozialdemokraten von der unsrigen verschieden ist; aber niemals hätte ich gedacht, daß die Verleugnung der gemeinsamen Prinzipien in so scharfes Licht geraten würde. Ich anerkenne den guten Glauben der Deutschen und den Umstand, daß sie jetzt Dinge akzeptieren, denen gegenüber sie sich früher zurückhaltend verhielten, wie die Schiedsgerichte und die Kontrolle der Diplomatie. Dazu ist aber notwendig, daß sie selbst eine wirklich konstitutionelle Regierungsform einführen. Wir lassen uns nicht mehr mit Phrasen abspfeifen. Ich anerkenne, daß bei ihnen guter Wille vorhanden ist, und gehöre nicht zu denjenigen, die bei den Deutschen an ein abgekartetes Regierungsmanöver glauben. Uebrigens ist das Auftreten der deutschen Sozialdemokraten ihrer Regierung und den Alldeutschen gegenüber sehr bescheiden. Ihre Forderung bezüglich der Freiheit der Meere und des Verbots bestimmter Kriegsmittel ist weniger dem internationalen Rechtsgefühl entsprungen, als der Enttäuschung über das Versagen deutscher Weltwirtschaftspläne. Im Memorandum findet man keinen Protest gegen die Anwendung solcher Kriegsmittel durch Deutschland selbst, ja sogar die Kriegsführung in Belgien und Frankreich findet hier eine Rechtfertigung. Wenn die Deutschen mit einem gewissen Recht unsere Maßnahmen für einen künftigen ökonomischen Kampf, der unter Umständen schwerer als die Befestigung eines Territoriums wirken kann, kritisieren, so sollte Deutschland auf der anderen Seite gleichfalls Garantien gegen struppellose Handelsmethoden geben. Bezüglich der russischen Friedensformel sage ich: Auch die Deutschen verlangen einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Das beweist, wie gerechtfertigt unsere Forderung an die Russen war, ihre Friedensformel genauer zu präzisieren. Damit haben die Russen begonnen, wiewohl noch Unklarheiten bestehen bleiben. Was die Deutschen uns vorschlagen, das ist der Stand vor dem Kriege, modifiziert durch die Kriegslage. Welch fonderbare Theorie ist es, daß eine Frage des rationalen Rechts erst durch militärische Operationen aktuell wird? Welche sonderbare Unternehmung ist es zwischen den deutschen Kolonien, die völlig zurückverlangt werden und den höher zivilisierten Ländern wie Tibet, Marokko usw., wo der Krieg keine militärischen Veränderungen hervorbrachte? Was deutsche Mehrheit will also erstens nicht zurückgeben, was Deutschland genommen hat, zweitens will sie, daß Deutschland zurückbekomme, was es im Kriege verloren hat, drittens will sie okkupierte Länder wie Polen und sogar nicht okkupierte Länder Losreißen.

Man ist über so viel unbewußten Imperialismus bestürzt. Aber die Zentralfrage ist die Selbstbestimmung der Völker, wofür den Deutschen das Verständnis anscheinend fehlt. Man fragt uns, ob wir wegen Elsch-Lothringen das Kriegselend verewigen und den Dauerfrieden opfern wollen. Das beweist, daß man unsern Standpunkt nicht versteht. Wenn die Sozialisten und Demokraten in der ganzen Welt dieser Frage nicht gleichgültig gegenüberstehen, so darum, weil sie das Prinzip der Selbstbestimmung in schärfster Form aufgestellt haben. Die Behandlung der elschlichen wie der polnischen Frage zeigt, wie sehr die deutsche Sozialdemokratie im preussischen Militarismus befangen ist und alle seine Argumente benutzt, da sie in der elschlichen Frage Bismarcks Rassen- und Sprachprinzip und die Gewalt an die Stelle des Freiheitsprinzips setzt.

Es folgen längere Ausführungen über die Frage von Elsch-Lothringen mit Berufung auf die Haltung von Marx, Bebel und Liebknecht im Jahre 1870.

Was Polen betrifft, so verlangt die deutsche Mehrheit die Selbstständigkeit des russischen Teils und begriff

nicht, was nationales Recht ist. Sicherlich müssen auch die Alliierten ihre alten Ueberlieferungen revidieren. Ereignisse wie die russische Revolution und der Eintritt Nordamerikas in den Krieg legen ihnen die Pflicht zur genaueren Durchsicht ihrer Kriegsziele auf. Aber die Alliierten verstehen auch, daß solche im Geiste der Freiheit vollzogenen Revisionen ihre Sache nur stärken können. Dieser Prozeß kann durch die von der deutschen Mehrheit eröffnete Aussicht auf Grenzberichtigungen nicht gestört werden.

Weil es notwendig ist, die Welt darüber aufzuklären, wo das Recht liegt, ist es unmöglich, auf eine internationale Konferenz zu gehen, ohne daß die Schuldfrage vorgelegt wird. Die Deutschen berufen sich auf die Pflicht der Landesverteidigung; aber die Internationale hatte ihnen die Pflicht auferlegt, die Kriegssachen zu unteruchen und ihre Regierung, die den Angriff unternommen hatte, zu beseitigen. Die Deutschen glauben an eine Abrüstung der Herzen und der Gewissen und an einen Friedensstag unter dem Druck der alten sozialistischen Ideen und der Liebe der Völker zum Frieden. Aber keine andere Veröhnung ist möglich, als durch die Annahme des allgemeinen Rechtsprinzips. Es gibt für die Entente keinen Frieden als den Rechtsfrieden.

Nach den deutschen Erklärungen habe ich meinen Zweifel, ob es einen Sinn hat, zur Konferenz zu gehen. Aber es ist unsere Pflicht, unsern Standpunkt vor aller Welt klar zu machen und ihn zu propagieren. Wenn die deutsche Erklärung zeigt, daß die deutsche Demokratie den Frieden noch weiter verzögern will, statt ihn zu fördern, so macht das unsere Pflicht noch klarer.

(Nach dem Lesen dieser Epistel muß man wirklich starke Zweifel an der Ehrlichkeit Thomas als Sozialdemokrat hegen. Weiteres darüber zu sagen, wäre unnötige Raumverschwendung. Red. d. V. B.)

Stockholm, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Es erscheint jetzt sicher, daß hier Mitte Juli der vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat einberufene allgemeine Kongreß mit dem holländisch-standinawischen Komitee stattfinden wird.

Heute traf hier über Saporanda der Schweizer Nationalrat Grimm ein.

Wie hier bekannt geworden ist, vertritt der russische Arbeiter- und Soldatenrat bei seiner Gesamtsitzung 22 Millionen Arbeiter, Soldaten und Bauern.

Das holländisch-standinawische Komitee hatte heute Beratungen mit den amerikanischen Delegierten; diesen Donnerstag soll mit den Tschechoslawen verhandelt werden.

Stockholm, 19. Juni. (Schwedische Teleg.-Ag.)

Der holländisch-standinawische Sozialistische Ausschuss hat am 18. Juni eine vorläufige Besprechung mit Julius West von der Abordnung der Mehrheit der englischen Sozialisten gehabt, der von Thompson, dem Herausgeber des „Clarion“ begleitet war. Eine Zusammenstellung der Ansichten der englischen Mehrheit und Minderheit wird von der Gesamtvertretung erst ausgearbeitet. Inzdem machte West schon einige Mitteilungen über die Haltung der englischen Mehrheit zu gewissen für die Engländer ausschlaggebenden Fragen. Danach ist die englische Mehrheit für Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens nebst Räumung Nordfrankreichs und wirtschaftlichen Wiederaufbau dieser Gebiete auf Kosten der sie jetzt besetzenden Macht, ferner für ein geeinigtes, unabhängiges Polen und für völlige Gleichstellung aller Völkerschaften in Oesterreich-Ungarn, dessen Demokratisierung sie für eine wesentliche Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit des Friedens hält. Die englischen Sozialisten und Arbeiter halten die Frage, wer schuld am Ausbruch des Krieges sei, für besonders wichtig, und die Errichtung einer überstaatlichen Gewalt zur Verhütung weiterer Zusammenstöße für erforderlich; die Fabian-Gesellschaft hat einen vollständigen Plan für alle diese Dinge entworfen. Schließlich ist die englische Sozialisten- und Arbeiterbewegung Gegnerin eines Wirtschaftskrieges nach Artenschnäp.

Kopenhagen, 20. Juni.

„Sozialdemokraten“ meldet aus Stockholm: Die drei amerikanischen Abgeordneten Goldfarb, Reinstein und Daridomitsch erschienen gestern in der Sitzung des Sozialistischen Komitees. Sie haben, nachdem die amerikanische Regierung ihnen den Paß verweigerte, unter dramatischen Umständen Amerika verlassen. Goldfarb führt eine schriftliche Erklärung der amerikanischen Sozialistenpartei, der größeren der beiden amerikanischen Sozialistenparteien, mit. Reinstein erklärte gegenüber einem Mitarbeiter des „Politiken“, daß die Großkapitalisten Amerikas die Kriegserklärung Wilsons verursachten. Amerika werde zurzeit von Morgan und Wallstreet regiert. Die Tochter Wilsons heiratete in diese Kreise hinein. Wilson ließ sich immer mehr von den Interessen der Kapitalisten leiten. Eine Zeitlang fürchtete man auch, daß Rußland mit Deutschland einen Sonderfrieden abschließen und Amerika das bezüglichen als Waffenlieferanten angebrachte Kapital verlieren würde, wenn Deutschland Sieger bleibe. Diese Kapitalistenjörgen übten schließlich auf Wilson einen verhängnisvollen Druck aus, daß er das Land in den Krieg stürzte. Die amerikanischen Sozialisten seien neutral, sie wünschten einen Frieden ohne Sieger, aber namentlich einen Frieden, der für das internationale Proletariat von Nutzen wäre.

Die Kriegslage.

Während am 19. Juni an der flandrischen Front die Infanteriestämpfe auch weiterhin unterblieben, versuchten die Engländer einen neuen Angriff auf den Lens-Bogen. Um drei Uhr nachmittags brachen nach kurzer, heftiger Artillerievorbereitung starke Angriffswellen vor; lediglich dicht nördlich des Souchez-Baches gelang ein Einbruch in geringer Breite in den vordersten Graben. Doch immer neuen Einmärschen sehr starker Kräfte bis in die Nacht hinein und trotz gewaltigen Munitionsaufwandes gelang es den Engländern nicht, die Einbruchsstelle zu erweitern. Deshalb von Großflüssen wurden weitere 13 Gefangene eingebracht. Am Hoch-Berg, wo am 18. Juni ein kleines Stück unseres vordersten Grabens verloren gegangen war, versuchten sich die Franzosen nicht lange zu behaupten. Nachdem zwei heftige Angriffe zur Erweiterung ihres Gemines abgeschlagen worden waren, wagt sie der Gegenstoß deutscher Truppen wieder hinaus. Von den ursprünglich eroberten 400 Meter Graben verblieb ihnen lediglich nur noch eine vorzpringende Sappe in einer Ausdehnung von 80 Meter.

W.B. Berlin, 20. Juni, abends. (Amstlich.)

Im Westen lebhaftes Gefechtsröcheln nur bei Douillon und südlich von Soissons. Rom Dien nichts Neues. An der Struma Vorpostenjähermäkel.

Wien, 20. Juni. (Amstlich.)

Deftlicher und jüdischer Kriegschauplatz. Unverändert.

Italienischer Kriegschauplatz.

Nach Abschluß der Artillerievorbereitung setzte gestern früh auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden der italienische Infanterieangriff ein, der namentlich am Nordflügel im Bereiche des Monte Seno und des Grenzflusses mit größtem Kraftaufwand geführt wird. Unsere Truppen brachten alle Anstöße des Feindes in heftiger Abwehr zum Scheitern. Ein örtlicher Erfolg, der den Italienern im Gebiet der Cima Diaci einige hundert Schritte Raumgewinn eintrug, wurde durch Gegenangriff zum größten Teil wieder wettgemacht. Am Jonso nichts von Belang.

Rußland.

Aus dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Petersburger Telegraphenagentur berichtet:

Auf der Hauptversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte legte der Minister des Inneren, Terestjehin, über die Politik der Regierung Rechenschaft ab und erklärte: Auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen wünschen wir den Abschluß eines neuen Vertrages zu betreiben, in welchem die von der russischen Demokratie verkündeten Grundzüge als Grundlage einer zwischenstaatlichen Politik der Alliierten anerkannt werden. Wir wenden alle Mittel an, damit unser Programm für alle alliierten Regierungen annehmbar sei, um einen Bruch mit den Alliierten zu vermeiden. Wir sind der Ansicht, daß das schlechteste Ergebnis unseres Kampfes für den Weltfrieden ein Sonderfrieden mit Deutschland sein würde, der die Sache der russischen Revolution gefährdet und der Sache der internationalen Demokratie verderblich sein würde. Ein Sonderfrieden ist in der Tat unmöglich. Ein solcher Frieden würde Rußland in einen neuen Krieg auf Seiten der deutschen Koalition hincinziehen. Das heißt, aus einem Bande austreten, um in einen andern einzutreten. Der Minister teilte der Versammlung die Schritte mit, die die russische Regierung zur Herbeiführung einer internationalen Zusammenkunft tut. Diese Zusammenkunft solle der Kampferklärung der Verräter dienen, mit Ausnahme jedoch des Sonder-Konvokations, wodurch die Alliierten sich verpflichten, keinen Sonderfrieden zu schließen. Minister Terestjehin rechtfertigte dann die Tätigkeit Kerenski und erklärte, daß sich das Land der Drängung eines näheren Angriffs gegenüberstehe, und daß es die Pflicht der revolutionären Arme sei, sich selbst zum Vorgehen bereitzustellen. Die Unfähigkeit an der russischen Front besiegte die Revolution nicht, wünschte sie im Gegenteil.

Dann ergriß Lenin das Wort und hielt eine lange Anklage gegen das Koalitionskabinett, seine Taten und seine Haltung, besonders bezüglich des Krieges und des Kampfes Kerenski zur Offensiv, den er als Verrat an den Interessen des internationalen Sozialismus bezeichnet. Lenin schlug weitgehendste Maßnahmen als Heilmittel für die Lage vor und erklärte dann: Seine Partei sei bereit, die Macht zu übernehmen, wenn sie ihr angeboten werde.

Nach ihm sprach Kriegsminister Kerenski. Er verwahrte die Ehre Lenins und sehr gut: Sie ist nur ein schäbiges verpacktes Harrisone. Die von Lenin hergestellte Verdrängung an der Front ist ein Mittel, das mit den Wünschen des deutschen Generalstabes übereinstimmt. Wir wissen der Internationale bewußt, daß wir nicht eine Größe sind, die man vernachlässigen kann, und daß wir den Willen haben, der sich nicht von einer verächtlichen unorganisierten Gruppe beherrschen läßt. Kerenski lehrte dann über seine Kundgebung an die Front und den günstigen

Eindruck, den er davon erhielt. Er verteidigte seine Handlungen als Kriegsminister mit kraftvollen Ausdrücken und mit solchem Vertrauen und solcher Überzeugung, daß der ganze Saal, mit Ausnahme der Maximalisten, in langanhaltende Rundgebungen ausbrach.

Bei der Beurteilung dieses Berichtes ist zu beachten, daß die Telegraphenagentur, die ihn übermittelt, völlig unter dem Einfluß Kerenski und seiner Freunde steht. Daher braucht man sich über die besondere Hervorhebung der günstigen Aufnahme, die Kerenski Rede gefunden, nicht zu wundern. Dagegen sind die Ausführungen Terestjehins aufmerktsamer Beachtung wert; es ergibt sich aus ihnen klar genug, was die deutsche Regierung tun müßte, um das Mißtrauen der russischen Volksvertreter endgültig zu überwinden.

Abstimmung über Krieg oder Frieden.

Die Hauptversammlung der russischen Arbeiter- und Soldatenräte wählte eine 15gliederige Kommission zur Vorbereitung der Abstimmung über Krieg oder Frieden.

Rechtfertigung Grimms vor dem A. und S.-R.

Das Petersburger Telegraphenbureau teilt mit: Sobald die russische Regierung Nachricht von diesem Dokument (dem bereits mitgeteilten Telegramm des schweizerischen Bundesrats, Hoffmann) erhalten hatte, forderte sie die sozialistischen Minister Terestjehin und Stobelew auf, eine Erklärung von Grimm zu verlangen. Dieser stellte den Ministern ein Dokument zu, worin er zu zeigen versuchte, daß er keinerlei Mitteilung über die Friedensverhandlungen erhalten habe, weder direkte noch indirekte, und daß das erwähnte Telegramm ein Versuch von Deutschlands Seite war, um seinen Aufenthalt in Rußland auszunutzen, die internationalen sozialistischen Verbindungen wieder anzuknüpfen und einen allgemeinen Frieden in deutschen Regierungsinteressen zustande zu bringen, und daß er schon in Bern, während er seinen Paß ausgestellt erhielt, jedes politische Gespräch und jede Verbindung mit der deutschen Mehrheitspartei vermiehd und daß er endlich in seiner Eigenschaft als Sozialist nicht Sprachrohr für imperialistische Friedensvorschläge zwischen der Regierung sein könne.

Da Terestjehin und Stobelew diese Erklärung wenig zufriedenstellend fanden, forderte die russische Regierung Grimm auf, Rußland zu verlassen, was er darauf tat.

Auch der allgemeine Kongreß des Arbeiter- und Soldatenrats hat sich mit der Angelegenheit Grimm beschäftigt und seine Ausweisung mit 640 gegen 121 Stimmen gutgeheißen. Mit der Erklärung, daß die Haltung der Minister vollständig übereinstimmt mit den Interessen der russischen Revolution und des internationalen Sozialismus. Es wird auch der Beschluß der Minister gebilligt, alle Einzelheiten dieser Angelegenheit zu veröffentlichen.

England.

Das englische Frauenwahlrecht im Prinzip angenommen.

Kenter meldet aus London: Bei der Fortsetzung der Beratung über das Wahlrecht hat das englische Unterhaus das Frauenwahlrecht im Prinzip mit 383 gegen 55 Stimmen angenommen.

Der Seetrieg.

Ein englisches Torpedomotorboot versenkt.

W.B. Berlin, 20. Juni. (Amstlich.) Vor der flandrischen Küste wurden am 19. Juni früh drei feindliche Flugzeuge von unseren Seefliegern abgeschossen. Ferner wurde nördlich Dünkirchen ein englisches Torpedomotorboot von unseren Vorpostenstreitkräften versenkt. Die Besatzung ist gefangenengenommen.

Der Chef des Admiraltisstabs der Marine.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ein neuer Feind Deutschlands?

Pariser Blätter melden aus Montevideo: Nach Billigung durch den Senat beschloß die Regierung in Uruguay, aus Gründen kontinentaler Solidarität die Schiffe der am Kriege teilnehmenden amerikanischen Nationen nicht als Kriegsführende zu betrachten. Damit ist auch Uruguay aus seiner Neutralität gegenüber Deutschland herausgetreten.

Demonstrationen und Anstreichungen in Geni.

Dienstag abend beschloß eine Volksversammlung in Geni von ungefähr 15 000 Personen, eine Versammlung des Bundesrates zu verlangen, um Kommissiönäre einzusetzen, welche die Verantwortlichkeiten in der Angelegenheit Hoffmann festlegen sollen. Die Versammlung verlief sehr ruhig. Danach jedoch begaben sich Gruppen von Rundgebenden vor das britische Generalkonsulat und versuchten, das Konsulatsgelände heranzuzuziehen. Die Polizei schritt aber ein und nahm das Schild herunter, das auf dem Polizeiposten in Sicherheit gesteckt wurde. Die Rundgebenden gingen vor das österreichisch-ungarische Konsulat, wo die Fenster eingeworfen wurden. Polizisten und Agenten langten in Kraftswagen an und zerstreuten rasch die Menge in der Umgebung des Konsulates. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Andere Rundgebungen fanden vor dem türkischen Konsulat statt. Die Gardemarschen zogen blaß, haben ihre Waffen und Hülsen einige blinde Schüsse ab. Mehrere Polizisten und Rundgebende wurden leicht verwundet. Höchstens Personen im Alter von fünfzehn bis achtzehn Jahren wurden verhaftet. — Es handelt sich hier also um dumme Jungen-Streiche.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Notwendigkeit ausreichender Kohlenversorgung.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages sah eine Entschärfung zur Kohlenversorgung, in der es heißt: Die Versorgung der Städte mit dem dringendsten Bedarf an Brennholz beschränkt sich auf einen geringen Teil der deutschen Kohlenproduktion, ist aber für die städtische Bevölkerung genau so wichtig, wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Es ist die

Aufgabe des Reiches, die Kohlenförderung mit allen Kräften zu steigern und die Heranschaffung des den Städten zukommenden Anteils sicherzustellen. Hierzu bedarf es schnellstens und von der größten Eiskraft getragener Handlung. Die Heranschaffung des Brennstoffes für die Bedürfnisse der bürgerlichen Bevölkerung bei selbstverständlicher Beschränkung auf das Notwendigste steht in einer Linie mit der Beseitigung der Rüstungsindustrie.

Der Staatsanwalt für Konfiskation des Wuchererwines.

Im „Berl. Tagebl.“ tritt Staatsanwalt Parz in Nürnberg für die Konfiskation der mittelst strafbarer Handlungen erzielten Kriegsgewinne ein. Er bemerkt in seinem Artikel einleitend, daß das allgemeine Gerechtigkeitsgefühl verlange, die durch strafbare Handlungen geschaffenen Gewinne den Wucherern wieder abzunehmen, zumal da sich viele dieser Wucherer aus der einfachen Bestrafung doch nicht viel machen. So manche Fälle kommen auch überhaupt nicht zur Bestrafung, selbst wenn sie erwiesen worden sind; so seien bei den großen Amnestien der letzten Kriegsjahre leider die Wucherer nicht ausgeschlossen worden. Es müsse daher nach einem wirksameren Mittel, gegen den Wucher anzugehen, gesucht werden; dieses hätte man in der Form der Konfiskation der Wuchererwinnne. Auf Grund der bisherigen Gesetze lasse sich diese Frage aber nicht lösen, da in solchen Fällen eine zur Klage berechnigte Person fehle. Beim Kriegswucherer sei die Gesamtheit der Volksgenossen oder wenigstens ein größerer oder kleinerer Kreis davon geschädigt. Der Staat an sich, d. h. der Fiskus, sei zwar die Gesamtheit der Volksgenossen, aber nicht ihr gesetzlicher Vertreter; er sei also nicht klageberechtigt, auch wenn noch so weite Volkskreise durch den Kriegswucherer geschädigt sind. Die jeweils Geschädigten zu einer klageberechtigten Personenmehrheit zu vereinigen und unter einen Hut zu bringen, sei auch unmöglich. Sollen also unerlaubte Kriegsgewinne erfaßt, den Wucherern entzogen und zum allgemeinen Besten verwertet werden, so müßte ein Klagerrecht des Staates erst durch ein neues Gesetz geschaffen und dasselbe mit rückwirkender Kraft ausgestattet werden. Zur Durchführbarkeit dieses Gesetzes müßten dem Staate aber auch alle notwendigen Rechte eingeräumt werden.

Es gehört nicht viel dazu, diese vom Staatsanwalt Parz entdeckte Lücke in der Gesetzgebung auszufüllen, und der Beifall des gesamten Volkes, mit Ausnahme der Wucherer, würde dem Reichstag hierbei sicher sein.

Oesterreich-Ungarn.

Wahlungskrise in Oesterreich. Der Wiener Abendblättern zufolge legte der Ministerpräsident die Verhandlungen mit den Parteien gemäß des vom Kaiser erhaltenen Auftrages zur Umbildung des Kabinetts fort. Der Ministerpräsident hatte gestern vormittag eine zweifelhändige Besprechung mit den Führern der Polen, die nachmittags fortgesetzt wurde. Man nimmt an, daß die Ueberbrückung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und den Polen gelingen wird. Wie verlautet, gelten die Verhandlungen des Kabinettschefs dem Ziele, durch die Umbildung des Kabinetts kein Provisorium, sondern ein endgültiges Ministerium zu schaffen, das nicht nur das kleine Arbeitsprogramm der Sommertagung zu erledigen, sondern über den Sommer hinaus das Programm für den zukünftigen Ausbau Oesterreichs fertigzustellen hätte. Dies wird in Zusammenhang gebracht mit dem in letzter Zeit aufgetauchten Plan der Schaffung von mehreren Landsmannministern ohne Portefeuille oder von Staatssekretären.

China.

Der innerpolitische Konflikt. Der Präsident ordnete die Auflösung des Parlaments an, aber Wutingsang, der einflussreiche Premierminister, weigerte sich, den Erlaß gegenzuzeichnen, indem er erklärte, das Vorgehen des Präsidenten stelle eine Verfassungsverletzung dar. Wutingsang, der zum Premierminister ernannt war, lehnte aber ab das Amt anzutreten und verweigerte ebenfalls die Gegenzeichnung des Erlasses. Wutingsang reichte seine Entlassung ein.

Ernährungsfragen.

Ein Rekord im Preiswucher.

Der Dresdener Zeitung zufolge. Wie ein Dresdener Blatt meldet, wurden an einer Stelle Kartoffeln das Pfund zu 2,20 Mark verkauft. Auf Anfrage erklärte das Kriegsministerium, es liege kein Kriegswucherer vor, da man die Herkunft der Kartoffeln nicht kenne. Mittags wurden für die Kartoffeln in dem betreffenden Geschäft bereits 2,90 Mark bezahlt. Ob auch dieser Aufschlag von 70 Pfennig für das Pfund vom Kriegsministerium als Wucher angesehen werden wird, bleibt abzuwarten.

Noch drei schlimme Wochen.

stehen uns in der Ernährung bevor. Solange wird es noch dauern, ehe die Frühkartoffeln in solchen Massen auf dem Markte erscheinen, daß sie für die Ernährung wesentlich in Betracht kommen. Erfreulicherweise haben die meisten Lebensmittelämter rechtzeitig vorgesorgt, jedoch zwischenzeitlich größere Mengen von Graupen oder erhaltene Nahrung von Mehl verabreicht werden können, auch Nahrungsmittel aller Art werden hier und da gegeben. Wer sich die Mühe macht, die kommunalen Lebensmittelbeschaffungen allwöchentlich zu studieren, findet, daß doch gegen das Vorjahr überall viel besser vorgesorgt worden ist. Auch ein Beweis dafür, wie unser stetes Drängen und Bohren in vielen Gemeinden nützlich gemerkt hat. Leider können die Gemeinden nur in einem beschränkten Maße tätig sein, da sie ganz und gar nur auf das angeordnete sind, was sie vom Reich bekommen. Es ist bestimmt zu erwarten, daß wir den Anschluß an die neue Ernte erreichen, durch die Frühbruschebäume ist dann weiter dafür gesorgt, daß auch die Mehlvorräte gleich wieder ergänzt werden können. Wir haben also noch eine kurze Zeit besonders arger Knappheit durchzumachen; möge sie den verantwortlichen Leitern der Ernährung wenigstens eine Lehre sein, daß sie daraus lernen, wie sie es dieses Jahr nicht machen müssen.

Die Preise für Frühkartoffeln.

Nach ist seitens des Kriegsministeriums nicht bekannt gegeben, wie die Preisfestsetzung der Frühkartoffeln im einzelnen gestaltet wird. Doch ist soviel durchgesickert, daß man mit 9,90 Mark pro Zentner am 1. Juli beginnen will. Die Perioden, in denen die Preise dann nach und nach sinken, sind bedeutend kürzer, wie im Vorjahre. Der Abbau der Höchstpreise wird immer nur dreißig bis vierzig Pfennig betragen, gegen den September hin dann einig Pfennige, sobald Anfang Oktober noch ein Preis von sechs Mark (!) zu zahlen sein wird. Die einzelnen Preistaffeln werden immer nur einige Tage bestehen bleiben, sobald der Anreiz, frühere Kartoffeln unzeitig herauszunehmen, genommen wird, weil ja durch die weitere Entwicklung der Kartoffeln, durch besseres Austreten, der Landmann soviel und mehr gewinnt, als die Preisfestsetzung ausmacht. Insofern darf man hoffen, daß das neue System vielleicht doch bessere Erfolge bringen wird als das vorjährige und nicht wie dieses den Ertrag der Kartoffelernte künstlich beeinträchtigt.

Schafft Mineralwasser herbei.

Von Roche zu Roche wird das, was heute nach Bier genannt wird, minderwertiger. Ueberall rühmt man jetzt zu einem sogenannten Einheitsbier. Diese "Einheit" wird in ganz kurzer Zeit nur noch aus Wasser bestehen, denn bereits ist man unter den dreiprozentigen Gehalt an Stammwürze heruntergegangen. Es ist nur die Forderung zu erheben, daß unsere Mineralwasserquellen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Heute werden diese Quellen von privaten Gesellschaften bewirtschaftet, die natürlich in keiner Weise die Aufgaben erfüllen können, die jetzt, wo andere Getränke immer rarer werden, an diese Quellen zu stellen sind. Der Staat hat jetzt die Pflicht einzugreifen und dafür Sorge zu tragen, daß dieses natürliche Mineralwasser zu einem Preise an die Menschheit kommt, den auch die ärmeren Kreise zu tragen in der Lage sind. Das Mineralwasser muß als Ersatz für die fehlenden Brote und Weine eine Aufgabe erfüllen, die nicht mehr hinausgeschoben werden darf. Auch im Hinblick auf den heißen Sommer scheint es uns angebracht, dafür zu sorgen, daß nicht täglich tausende von Liter dieser natürlichen Kohlenäure verloren gehen. Deshalb: Schafft Mineralwasser herbei zu billigem Preise!

Der Schrei nach mehr Süßstoff

ertönt in diesem Jahre womöglich noch lauter als in den letzten beiden. In der gegenwärtigen Zeit des Abwärts und der Stachelbeeren wird von den Hausfrauen besonders darüber geklagt, daß sie für ihre Einmachegewinde keinen Süßstoff haben. Von den Lebensmittelhändlern wird zwar eine Umstellung auf den gegenwärtigen Artikel ausgegeben, kommt man jedoch an die Apotheken oder in die Drogerie, dann sieht man einen Zettel hängen: **Sacharin ausverkauft.** Die Frage ist jedenfalls berechtigt, ob ein solcher Zustand gerade in Deutschland aufkommen mußte. Sacharin wird bekanntlich aus Steinkohlensäure gewonnen. In diesem Produkt ist bei uns wirklich kein Mangel. Es fehlt doch auch nicht an den nötigen Fabriken, die den Süßstoff auf gewöhnlichem Wege herstellen könnten. Leider haben in Deutschland nur einige wenige Betriebe, man spricht von zweien, die Erlaubnis, diese Fabrikation zu betreiben. Wenn man schon nicht mehr Zucker zur Verfügung stellen kann, dann sollte man die Lücke mit Sacharin ausfüllen.

Protest der Händler gegen die Preisprüfungsstellen.

Die süddeutschen Vereinigungen der Preisprüfungsstellen haben an den Bundesrat und an die Regierungen der verschiedenen Bundesstaaten eine Eingabe gerichtet, in der sie fordern, daß Preisprüfungsstellen selbst zur Betätigung schreiten können.

Dagegen wendet sich mit Entrüstung die Schuhvereinschaft der Lebensmittelhändler, deren Sitz in Bochum ist. Sie wendet ein, daß damit der Kleinhandeler vollständig in die Hände seiner Peiniger gegeben ist. Die Preisprüfungsstellen hätten in den zwei-einhalb Jahren ihres Bestehens gezeigt, daß sie in keiner Weise die Befähigung dazu haben, ein Richteramt zu bekleiden.

Mag sein, daß einige dieser Organisationen in der Befähigung des Handels zu weit gehen und das Kind mit dem Bade ausschütten. Auf der anderen Seite muß aber doch gesagt werden, daß ein guter Teil der heute bestehenden Unsicherheit der Begünstigung des Schleichhandels usw. auf das Konto des Handels zu setzen ist. Es kommt ferner hinzu, daß die ordentlichen Gerichte leider für die Not der Zeit nur wenig Verständnis gezeigt und Urteile herausgebracht haben, die in keiner Weise dazu angetan sind, die Händler vom falschen Wege abzubringen. Das Empfinden des Volkes ruft jedenfalls nach mehr Gerechtigkeit in der Ernährungsrechtspflege.

Man sollte es nicht für möglich halten!

Immer noch erscheinen in den Tageszeitungen Anzeigen, in denen die verschiedenen Lebensmittel angepriesen werden, die der Nationierung und den Höchstpreisen unterliegen. Wir finden wieder eine solche Anzeige in der „Frankfurter Zeitung (Nr. 147), erstes Morgenblatt, vom 30. Mai 1917 mit folgendem Wortlaut:

„Habe noch Schinken abzugeben. Offerten durch Otto Reuß, Melle i. S., Grünbebergerstr. 4.“

Schinken bekommt man in den Geschäften nicht mehr zu sehen, wie es überhaupt schwer fällt, Schweinefleisch und Fett auch nur auf Lebensmittelkarten zu erhalten. Hier aber wird Schinken offen in jedem Quantum angeboten, und das Wort „Opfer“ besagt doch, daß derjenige den Schinken erhält, der den höchsten Preis dafür bietet. Der Höchstpreis wird dabei bestimmt nicht eingehalten und der Schleichhandel zweifellos begünstigt. Das Kriegsministerium hätte alle Ursache, einmal nach dem Rechten zu sehen und eine Offerte an Herrn Reuß in Melle abzugeben. Daß überhaupt derartige Anzeigen noch in den großen Tageszeitungen erscheinen können, berührt die minderbemittelten Konsumenten, die manchmal Stundenlang auf ihr bisschen Fleisch warten müssen, recht eigenartig. Zur Bezuhigung der Massen, die in dem Gedanken leben, daß für Geld noch alles zu haben ist, tragen solche Anzeigen sicherlich nicht bei.

Nus Südbad und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 21. Juni.

Vom Baden und Schwimmen. Mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit ist schon reges Leben und Treiben in den Freibädern eingeleitet. Daß das Baden und Schwimmen und nicht zuletzt auch das Luftbad ein wichtiger Faktor für die Volksgesundheit sind, braucht man wohl heute niemandem mehr zu sagen. Leider hat aber alles Gute auch seine Schattenseiten. Das, was den Körper stärkt und kräftigt, kann bei unvorsichtiger und unangemessener Anwendung ihn unter Umständen schwer schädigen. So ist es mit dem Baden und auch mit dem Schwimmen.

Noch immer hört man jeden Sommer, daß so und so viele des Schwimmens Unkundige ertrunken sind. Niemand sollte in öffentlichen Gewässern baden, bis er das Schwimmen erlernt hat. Auch Schwimmer tun gut, den Ort ihres Bades vorsichtig zu wählen. Der beste Schwimmer kann, ohne es zu merken, abgetrieben werden und, ehe Rettung möglich ist, ertrinken.

Weniger weise Vorkehrung als der Ort, aber dennoch Beachtung verdient die Zeit, die man zum Bade wählen soll. Am meisten zu empfehlen ist ein Bad am Morgen, das für den ganzen Tag die Poren öffnet, oder am späten Nachmittag, das dem Schweiß des ganzen Tages reinigt und für den Genuß schöner Sommerabende befeuchtet. In den Abenden selbst zu baden, ist nicht sehr ratsam, da das Wasser dann meist zu kühl ist. Ueberhaupt soll man mit dem Baden in ganz kaltem Wasser vorsichtig sein, also auch an kalten Sommertagen und im Herbst. Man hört mitunter von Leuten, die sich sogar ins Winteris mit der Art eine Badestelle schauen haben; es bleibt das doch nur ein Experiment, das nicht jeder Körperkonstitution anzugut ist; von den Fällen, in denen es böse ahtief, hört man meistens nichts. Sicher ist ein kaltes Bad mehr ein Reizmittel als eine Erfrischung.

Vor allem aber kann nicht oft genug gesagt werden, daß ein kaltes Bad zu scheuen ist wenn man selbst heiß ist. Es ist dringend anzuraten, recht langsam ins Wasser zu gehen, um den Körper allmählich an die beträchtliche Abkühlung zu gewöhnen, und vor dem Hineinspringen mindestens Brust und Stirne nützlich zu benehmen. Nachher soll man freilich keinen Körperteil vom Bade ausnehmen und langsam nach dem — norchtigen! Beginn des Bades ganz untertauchen. Es ist da einem alten

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 21. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
In Flandern und im Artois war erst abends bei besserer Sicht der Artilleriekampf auf breiterer Front lebhaft. Er hielt stellenweise auch nach Dunkelwerden an.

Nahe der Küste wurde durch nächtlichen Ueberfall eine Anzahl Engländer als Gefangene eingebracht.

Bei Hooge, ostlich von Ypern, sind gestern und heute früh starke englische Erkundungspatrouillen abgewiesen worden. Auch bei Vermeles und Doos schlugen Unternehmungen des Feindes fehl.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei Buggaillon, nordöstlich von Soissons, stürmten gestern nach kurzer harter Minenfeuertvorbereitung Kompanien einiger aus Rheinländern, Hannoveranern und Braunschweigern bestehenden Regimenter die französische Stellung in 1500 Meter Breitle. Der von bewährten Sturmtruppen, Artillerie und Pionier gut unterstützte Einbruch in die feindliche Linie erfolgte für den Gegner völlig überraschend. Einzelne Stoßtruppen drangen durch die Annäherungswege bis zu den Reservern vor und machten auch dort Gefangene. Die blutigen Verluste des Feindes sind schwer. Ueber 160 Gefangene und 16 Maschinengewehre wurden zurückerobert, einige Minenwerfer gesprengt.

In den gemauerten Gräben sind tagsüber heftige Gegenangriffe der Franzosen abgewehrt worden.

Mit starkem Wirkungseuer bereitete der Feind nordwestlich des Gehöftes Hurtebise ein Unternehmen vor, dessen Durchführung in unserer Vernichtungseuer unterblieb.

Auf dem westlichen Suippesufer war abends der Feuerkampf sehr lebhaft. In der Ost-Champagne und am Westjüngere der Argonnen hielten unsere Stoßtruppen mehrere Gefangene aus der französischen Linie.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Duclon, an der Flota Liza, Karajowka und südlich des Dnjest war die russische Artillerie und entsprechend die unsrige tätiger als in der letzten Zeit. Streifenabteilungen der Russen wurden in mehreren Fällen verjagt.

Mazedonischen Front

In der Strumanieregung endeten Gefechte bulgarischer Bosken mit englischen Kompanien und Vortruppen mit Verjagen des Gegners.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Vorurteil zu widersprechen; das Tauchen ist, entgegen einer weitverbreiteten Meinung, notwendig und gesund; das freiwillige und kurze Untertauchen natürlich.

Wie lange ein einzelnes Schwimmbad ausgedehnt ist, hängt von der individuellen Beschaffenheit ab; keinesfalls darf es zu lange dauern, daß man etwa blau und klappernd aus dem Wasser steigt. Auch guten Schwimmern gelte der Rat, sich nicht zu viel zutrauen und sich immer so zu halten, daß das Ufer leicht erreichbar ist: Keiner ist vor Krämpfen und Muskelzerrungen sicher. Wird man von einem Unfall überrascht, so muß man mit den bewegungsfähigen Gliedern das Wasser niederdrücken, „wasser-treten“; sehr leicht ist auch das „Raddeln“ mit den Händen in der Rückenlage. Man ahnt gar nicht, wie lange man bei geschicktem Atmen und geringen Bewegungen ruhig auf dem Wasser stehen kann.

Die modernen Anschauungen über Körperpflege und Gesundheit haben uns Lust und Recht in ihrer unermeßlichen Wirkung für den menschlichen Organismus gründlich kennen gelehrt und den Weg gezeigt, auf welchem sie der Gesundheit nutzbar gemacht werden können. Wir kennen Luft- und Sonnenbäder, in denen der Körper, frei von beengender Kleidung, den belebenden Einfluß dieser Faktoren auf sich wirken läßt, in denen die Blutzirkulation mächtig angeregt, die Hauttätigkeit befördert und der gesamte Stoffwechsel erhöht wird. Sicherheit stehen eine Reihe von Krankheitsformen, besonders im Gebiete des Nervensystems und des Stoffwechsels, teilweise mit mangelhaftem Aufenthalt im Freien und der damit verbundenen Auffrischung im Zusammenhang. Sonnenbäder sollten nur auf ärztliche Verordnung genommen werden. Hier liegt die Gefahr vor, daß durch zu intensive und zu lange Bestrahlung die Haut verbrennen kann; auch Sonnenstich ist oft beobachtet worden.

Sommers Anfang. Am 22. Juni, morgens 1.15 Uhr, beginnt der astronomische Sommer. Heute verabschiedet sich demnach der Frühling. War es wirklich der Frühling, dessen schweißtreibende Hitze wir während der letzten Wochen ertragen mußten? Schlimmer kann es im Sommer auch nicht mehr werden. Heute vormittag gab es gegen 11 Uhr wieder ein leichtes Regengeriesel, aber nur auf kurze Zeit. Dann lachte wieder die Sonne, deren Strahlen man ganz gern einige Tage entbehren würde. Mit des Sommers Beginn haben auch die Tage ihre größte Länge erreicht. Bald mehren sich wieder die dunklen Stunden. Man würde sie gern kommen lassen, wenn über ihnen wieder das milde Licht des Friedens schweben würde.

Kaffee-Ertrag-Scheinmisse. An Stelle des schwarzen braunen bünftigen Kaffees der Friedenszeit trinkt alle Welt jetzt Kaffee-Ertrag, ein Getränk das in Farbe, Geruch und Geschmack dem Kaffee ähnlich, dem aber die Wirkung des echten Kaffees fehlt. Was ist eigentlich Kaffee-Ertrag, und woraus wird dieser Ertrag hergestellt? In die Geheimnisse des Kaffee-Ertrages führt ein Mitarbeiter des „Prometheus“. Kaffee-Ertrag wird aus einer großen Anzahl einheimischer Pflanzen hergestellt; keine von ihnen enthält aber das wirksame Alkaloid des Kaffees, das Koffein, und daher fehlt dem Kaffee-Ertrag die anregende Wirkung. Die übrigen Eigenschaften des Kaffees aber lassen sich ganz leicht nachahmen. Die braune Farbe und der bittere Geschmack des Kaffees rühren vom Karamel und Bräunhitzer her, die beim Rösten aus dem Zucker der Kaffeebohne entstehen; das eigentliche Kaffee-aroma dagegen entzieht aus Zucker, Kaffeebohnenhäute, Kaffee- und

Brändchen, ohne daß die Einzelheiten bisher aufgeführt sind. Gedränke mit kaffeeähnlichen Eigenschaften lassen sich aus Pflanzen-teilen herstellen, die Zucker und andere Kohlehydrate enthalten. Eine ganze Reihe Wurzel werden hierzu verwendet, nämlich Zitronen, Zuckerrüben, andere Rüben, sowie Wurzeln, jenen einige zuckerreiche Früchte, Hagebüthen und Kastanien von einheimischen, Feigen und Johannisbrot unter den ausländischen, weiter mehlsaltige Früchte und Samen, nämlich Roggen, Weizen, Weizenkörner und Hülsenfrüchte, und schließlich fettreiche Samen, die auch Kohlehydrate enthalten, nämlich Spargelkorn und Traubenkerne, und von ausländischen Gemächsen Erdnüssen, Datteln, etc. Aus dieser reichen Auswahl von Rohstoffen zur Erzeugung von Kaffee-Ertrag werden Gerste und Zitronen am meisten verwendet. Die Hauptanbaugelände für Zitronen liegen im Bezirk Magdeburg, in Schlefien und in Württemberg. Aus Gerste wird seit langem der recht beliebte Malzkaffee gewonnen, und aus diesem Grunde ist Gerste zur Kaffeeerzeugung freigegeben worden. Kaffeeerträge werden noch die Früchte des Weißdorns sowie die Quackenwurzel als Kaffee-Ertragsmittel empfohlen.

Der Verein der Musikfreunde in Mülbeck hielt am 15. Juni seine Generalversammlung ab, in der auch der Jahresbericht erstattet wurde. In dem Bericht wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten, die Konzerte auf der gewohnten musikalischen Höhe zu halten, sich vermehrt haben. So ist vor allem nicht leicht gewesen, das durch Einziehungen zum Heere verringerte Orchester in der richtigen Weise zu ergänzen und die für die Symphoniekonzerte erforderlichen Hilfsmuster zu beschaffen. In den vor dem Beginn der Spielzeit veröffentlichten Vortragsfolgen für die Symphoniekonzerte mußten nothwendigen verständiglichen Änderungen vorgenommen werden. Gegen Ende der Spielzeit drohte dem Fortbestand der Konzerte Gefahr aus dem Kohlenmangel. Der Vorstand wird es sich aber angelegen sein lassen, für die nächste Spielzeit auf eine durchgreifende Besserung der Heizung hinzuwirken. Ungeachtet aller Schwierigkeiten ist es glücklicherweise doch möglich gewesen, die Konzerte in der geplanten Anzahl stattfinden zu lassen. Der Gesamtbesuch der acht Symphoniekonzerte belief sich auf 4577 Personen gegen 3873 im vergangenen Jahre, der durchschnittliche Besuch auf 507 Personen gegen 484 im Vorjahre. Die Einnahmen aus den Symphoniekonzerten, einschließlich der Hauptproben, haben 8403,70 Mk. (in der Spielzeit 1915/16 7388,70 Mk.) betragen. Die Gesamtzahl der Besucher der 30 vollständigsten Konzerte betrug 15 815 Personen (im Vorjahre 14 313), die Durchschnittszahl für das einzelne Konzert 527 Personen (im Vorjahre 494). Die vollständigsten Konzerte brachten einen Gesamtbeitrag von 6983,45 Mk. (im Vorjahre 4963,40 Mk.). Der Durchschnittsertrag eines Konzertes betrug 231,12 Mk. (im Vorjahre 171,15 Mk.). Die Mitgliederzahl des Philharmonischen Chors ist im Berichtsjahre gestiegen, und zwar auf 159 Damen (gegen 136 im Vorjahre) und auf 32 Herren (gegen 28 im Vorjahre). Im verfloßenen Winter wurden 3 große Chorwerke zur Aufführung gebracht. Wie in den Vorjahren fand das Orchester seine Haupttätigkeit im Theater. Für die Ueberlassung des Orchesters hatte der Theaterdirektor die Summe von 25 800 Mk. zu zahlen. Das Orchester bestand aus 45 Musikern, zu denen bei Symphoniekonzerten Hilfsmuster herangezogen werden mußten. Die Leitung hatte Herr Kapellmeister Dr. Göbler. Einnahmen und Ausgaben der Abrechnung gleichen sich mit 126 532,06 Mk. aus. Unter den Einnahmen befindet sich ein Staatszuschuß von 50 900 Mk., eine Zahlung der Behörde für Travemünde in Höhe von 19 900 Mk. für Kurmusik. Die Beiträge der außerordentlichen Mitglieder des Vereins der Musikfreunde sind von 8 auf 10 Mk. jährlich erhöht worden.

ph. Verhaftungen. Ermittelt und festgenommen wurden zwei Schmittmacher aus Wandsbek, die dortselbst mehrere Einbruchsdiebstähle ausgeführt hatten. — Zwei Arbeiter des Hohenhofenwerkes, die Aelchse geleert und Treibriemen gestohlen, wurden ebenfalls festgenommen. — In Schühart genommen wurde ein 14jähriger Knabe aus Fienzburg, welcher sich von seiner Unterkunftsstelle bei einem Landmann in Jagdorf entfernt hatte und sich jetzt hier umhertrieb.

ph. Diebstähle in einer Schule. Aus einer hiesigen Schule ist vor einigen Tagen eine gelblederne, fast neue Aftenmappe gestohlen worden. Aus derselben Schule sind schon vor einiger Zeit zwei Fundbräuhilder, die Marburger Kirche und den Marburger Friedhof darstellend, gestohlen. Von dem Täter sind die Rahmen der Bilder (etwa 30 x 50 groß) am Tatort zurückgelassen.

ph. Ein Kompak entwendet. In der Zeit vom 17. bis 19. bis. Mits. ist von einem Dampfer ein ca. 20 Pfund schwerer, messingfingener Kompak gestohlen. An der rechten Seite desselben befindet sich eine Karbidlampe.

Hamburg. Falsche Cholera-Gerüchte. Das Medizinalkolloquium macht gegenüber fälschlich verbreiteten Gerüchten bekannt, daß weder in Hamburg noch in seiner näheren oder entfernteren Umgebung Cholerafälle oder choleraverdächtige Erkrankungen vorgekommen sind. — **Ausdehnung der Polizeizei.** Die Polizeibehörde hat die Polizeistunde für alle Lokalitäten, mit Ausnahme der Wirtschaften mit weiblicher Bedienung und der Spielwirtschaften ohne Schankerlaubnis, auf 11 1/2 Uhr abends, für Musiktheater auf 11 Uhr festgesetzt. Warme Speisen und Getränke dürfen in allen Wirtschaften nur bis 11 Uhr abends verabsolgt werden.

Hensburg. Ein Bezugschein auf — Regen-erka. Da der Himmel in letzter Zeit gar kein Einsehen zu haben scheint, uns kein zöfliches Maß zu spenden, haben sich die Bewohner der Kuppelmühle in Hensburg genötigt, die ihrem Feuerwehrgewannmann einen „Bezugschein auf Regen-erka“ zu beantragen. Unter großem Jubel der Jugend fuhr um 7 Uhr abends die Feuerzürge auf in die Kleingärten, und gegen 11 Uhr hatte man bei heiziger Wundenebdenung durch Männlein und Weiblein etwa 500 Quadratruten Karroffel- und Gemüseland eine fröstliche Dusche gegeben.

Koskow. Schleichhandel zwischen Warnemünde und Berlin. Interessante Einblicke hinter die Kulissen eines umfangreichen Schleichhandels, der zwischen Warnemünde und Berlin seit langem im Gange war, eröffnete eine Verhandlung vor der Koskoder Strafammer. Schon längere Zeit, besonders aber im letzten Winter wurden von Warnemünde aus große Mengen Butter, Fleisch, geräucherter Schinken, Speck und Wurst auf verbotenen Wege und unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen nach der Reichshauptstadt geschafft. Die Waren wurden in Berlin zu Wucherpreisen verkauft. Zwei Schiffer Brüggemann und Rohmann kauften die Waren auf und ließen sie zum Teil durch Warnemünder Einwohner oder Angestellte der Berliner Firmen, Rohmann hauptsächlich durch seine Braut Gina Müller, nach Berlin schaffen. Auf diese Weise sind Fleischwaren und Butter zentnerweise nach Berlin gelangt. Mehrere Warnemünder Einwohner haben Brüggemann Hilfe geleistet. Das Fleisch hat Brüggemann zum Teil von einem Schlachter Winter erhalten, der außer ihm auch einem Kentner Jaffe in Warnemünde größere Mengen Fleisch ohne Fleischkarten käuflich überlassen hat; Kaffee hat die Ware nach Berlin und anderen Orten außerhalb Mecklenburgs verkauft. Winter seinerseits bezog das gekaufte Fleisch von dem Viehhändler Niemann in Benitzsch, der unerlaubte Schlachtungen vornahm. Sogar nach Einleitung des Strafverfahrens hat Rohmann noch Butter, Speck und Schokolade angekauft und durch seine Braut mit hohem Verdienst nach Berlin verkauft. Die Strafammer verurteilte Brüggemann zu vier Monaten Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe, Rohmann zu drei Monaten und 1000 Mk. Geldstrafe, Gina Müller zu zwei Monaten, Winter zu fünf Monaten und 2100 Mk. Geldstrafe. Ferner wurden ein Fischer, ein Postmann, ein früherer Weidewärter und dessen Tochter, ein Wohnwörter und ein Ufertigungsbeamter zu Geldstrafen wegen Beihilfe zur Fleischausfuhr verurteilt. Ein Gelehrter, der angeklagt war, seine Räumlichkeiten zum Verpacken der Waren hergegeben zu haben und die eingehenden Geldbeträge angenommen zu haben, wurde freigesprochen.

Gewerkschaftsbewegung.

Konferenz der skandinavischen Seeleute. In Kristiania wurde in diesen Tagen eine skandinavische Seemanns-Konferenz abgehalten, der Vertreter der organisierten Seeleute und Heizer der drei nordischen Staaten beiwohnten. Die gegenwärtige Lage des Seeverkehrs wurde besonders im Hinblick auf die Verhältnisse, unter denen die Seeleute in der Gefahrenzone des Sperrgebietes arbeiten, gründlich erörtert. Für die Seeleute aller drei Staaten sollen gleichmäßige Schutzbestimmungen durchgesetzt werden. Ferner wurde eine durchgreifende Aenderung der Seegesetze der nordischen Länder gefordert, wobei auf die Einführung eines Besatzungs-Maßstabes besonders geachtet werden soll. Die Konferenz beschloß, Vertreter zu einem für die nächste Zeit in London geplanten Kongreß zu entsenden, wo die Angelegenheits- und Arbeitsverhältnisse in allen Fahrzeugen für die Zeit nach dem Kriege erörtert werden sollen. Die Vertreter der einzelnen nordischen Staaten berichteten dann noch über die gegenwärtige Lage der Seeleute in ihrem Lande.

Aus dem Gerichtssaal.

Lebensmitteldiebstahl vor dem Münchener Landgericht. Vor dem Münchener Landgericht ging nach achtägiger Verhandlung ein großer Prozeß wegen Lebensmitteldiebstahl im Werte von Hunderttausenden zu Ende. Fünfzehn Personen waren angeklagt. Das Haupt der Gesellschaft war der Schreiner Meßler aus Freising (Sachsen). Sein übermäßiger Gewinn hat sich auf mindestens 30 000 Mark belaufen. Meßler wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 14 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Die übrigen erhielten Geldstrafen von 4500 bis herunter zu 30 Mk.

Das Reich beim Kartoffeleinkauf um 90 000 Mark geschädigt. Am 60-90 000 Mark hat der Kaufmann Adolf Gronemann das Reich geschädigt, indem er beim Kartoffeleinkauf für die Kartoffeleinkaufsgesellschaft dieser verschwiegen, daß er viel weniger bezahlt hatte, als er der Gesellschaft in Rechnung stellte. Gronemann war im Sommer 1915 als Kommissär angestellt, um im Kreis Dramburg vom Produzenten Kartoffeln für den Höchstpreis und die gesetzlichen Zuschläge von 1 bis 4 Mark den Zentner anzukaufen. Am 27. Mai 1915 erklärte die R. E. G., daß ihr Beschäftigter, daß sie aber noch die Posten annehme, über die schon Verträge abgeschlossen waren. Infolge dieser Erklärung stiegen die Kartoffelpreise. Gronemann machte sich diesen Preissteigerungen zunutze, kaufte Tausende Zentner von Händlern für 4,40 Mark den Zentner und ließ sich von der R. E. G. 8,50 Mark zahlen, d. h. den Preis, den die R. E. G. versprochen hatte, die vom Produzenten vor dem 27. Mai 1915 gekauft waren. Wegen Betrugs verurteilte ihn das Landgericht Stargard deshalb zu 1 Jahr Gefängnis, 3000 Mark Geldstrafe und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust. Das Reichsgericht verwarf das Rechtsmittel als unbegründet.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. Juni. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im Englischen Kanal. 31 500 Brutto-Register-Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische Tiefbeladener (frühere deutsche) Dampfer „Wega“, 1 beladener englischer Dampfer von Größe und Aussehen des „Knight Companion“ (7241 Tonnen), 1 italienischer bewaffneter Dampfer mit 4000 Tonnen Kohlen, der französische Segler „Bigourense“ mit einer Ladung Eisenerz nach England, ferner 1 großer unbewaffneter Dampfer, 1 Oelbrenner von mindestens 5000 Brutto-Register-Tonnen und 2 große Tiefbeladene Dampfer mit Kurs auf Le Havre, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Stockholm, 18. Juni. Die heute hier vorliegende neueste Veröffentlichung des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg über seine Stellung zu den Stockholmer Konferenzen lautet:

Die Neuerungen Troelstras gegenüber einem Korrespondenten der „Reis“ haben einen Protest der internationalen Sektion des Arbeiter- und Soldatenrats gegen die Ankündigung veranlaßt, daß dieser es hartnäckig vermieiden habe, in Verbindung mit dem holländisch-skandinavischen Komitee zu treten. Wenn Telegramme unbeantwortet geblieben sind, so liegt es an den Störungen der telegraphischen Verbindungen. Der Rat sucht durchaus nicht jede Verbindung mit dem Komitee zu vermeiden. So hat er z. B. dem Komitee telegraphiert, um Auskunft über Ort und Zeit der internationalen Konferenz zu erhalten. Die Telegramme mußten allerdings an Branting gesandt werden, da die Adresse des Komitees

unbekannt war. In einigen Tagen verläßt eine gewählte Delegation des Arbeiter- und Soldatenrats Petrograd, um nach Stockholm zu reisen, wo sie eine Konferenz zusammen mit den lokalen Stellen vorbereiten soll. Man hat auch die vorbereitende Arbeit des Komitees durchaus nicht übersehen. Aber erst gestern kam der erste Bericht darüber aus Stockholm. Die Bedingung für die Beteiligung des Rats an der Zimmerwaldkonferenz ist, daß diese Konferenz sich als eine vorbereitende betrachte.

Zu dem Programm erklärt der Rat, daß der Frieden nur möglich ist, wenn die Arbeiterklassen aller Länder entscheidenden Einfluß auf die auswärtige Politik erreichen, um diese vom Imperialismus zu befreien. Die revolutionäre Demokratie Rußlands wiederholt ihre Auffassung von der Notwendigkeit, für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen einzutreten. Alle sozialistischen Parteien müssen ihre Regierungen beeinflussen, dieses Prinzip anzunehmen. Die russische Demokratie erreichte dies durch den Sturz Miljukoffs. Leider haben andere Länder nicht denselben Erfolg gehabt. Der Rat kann nichts Dunkles oder Unvollständiges in seinem letzten Appell finden; die internationale Solidarität muß die Grundlage für die Beziehungen zwischen den Arbeiterklassen sein.

Der Rat stellt den Nutzen und die Notwendigkeit einer Diskussion über die Friedensbedingungen nicht in Abrede, aber er hat keine Vollmacht, den Frieden zu schließen und erachtet es für nützlich, Einfluß auf die Regierung zu erreichen. Die sozialistische Politik kann sich nicht der Methoden der Geheimdiplomatie bedienen. Sie muß auf bestimmte Prinzipien gegründet werden, offen vor dem Volk kämpfen, und nicht um Einzelheiten feilschen. Wir glauben, daß, wenn sich alle Länder unseren Grundsätzen vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen, keine Annexionen usw. anschließen wollten, es nicht schwierig sein würde, zum Einverständnis über die Einzelheiten zu kommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Ernteflächenerhebung.

Alle, die feldmäßig, d. h. auf dem Felde, auf Bau-, Lager- und anderen freien Plätzen mehr als 10 ar = 50 Ruten Land selbst bewirtschaften, und denen bisher ein Anzeigevordruck nicht zugegangen ist, haben sofort dem Statistischen Amt, Fleischhauerstraße 18, li. oder für die neuen Stadtteile den zuständigen Polizeibezirken in Travemünde, Küdnitz-Herrenhof, Siems-Dänischburg, Schlutup und Moisling Meldung zu machen.

Wer die Meldung unterläßt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft werden.

Lübeck, im Juni 1917.

Das Statistische Amt.

1425

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 22. bis 30. Juni 1917 sollen an jede zur II. Kundenliste für Kolonialwaren angemeldete Person zur Ausgabe gelangen:

125 Gramm Feigwaren (Mildein) Wasserware zum Preise von 51 Pf. für 1/2 kg (1 Pfund) auf den Abschnitt D VIII des Lebensmittelbuchs.

125 Gramm Bohnenmehl zum Preise von 60 Pf. für 1/2 kg (1 Pfund) auf den blauen Sonderchein XXII des Lebensmittelbuchs.

Das Bohnenmehl gelangt entsprechend der Bekanntmachung des Ausschusses für Kriegshilfe vom 16. Juni d. J. als Ersatz für fehlende Kartoffeln zur Ausgabe.

Diese Verteilungswaren sind noch bei demjenigen Kleinhandlerner zu entnehmen, bei welchem die Anmeldung zur II. Kundenliste im Februar d. J. erfolgt ist.

Die gesammelten Abschnitte aus diesen Verteilungen (Zeigwaren Nr. 55) (Bohnenmehl Nr. 56) sind von den Kleinhandlern bis zum 5. Juli abzugeben.

Reisekassen aus der Verteilung Nr. 54 (Dörrenmehl) können von den Kleinhandlern nach Befriedigung der zur Kundenliste angemeldeten Kundenliste freihändig verkauft werden.

Lübeck, den 20. Juni 1917.

(1426)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



Meggendorfer-Blätter

München 9 Zeitschrift für Humor und Kunst
 Vierteljährlich 15 Nummern nur M. 1.-

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postämtern. Verlangen Sie eine Gratis-Probekopie vom Verlag, München, Isarstr. 41

Kein Besucher der Stadt München

läßt es unbenutzt, die in den Räumen der Bekannten, Oberstr. 41 befindet, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu betrachten.

10 Pf. täglich. Eintritt für jedermann frei.

**Buchdruckerei
 Friedr. Meyer & Co.**
 Johannisstraße 46

Anfertigung von illustrierten Katalogen
 Preislisten, Zirkularen, Formularen für
 Behörden und Private, Reklamedrucksachen,
 Familienanzeigen, Festschriften
 Visitenkarten, Geschäftsbüchern usw.

Verlag des „Lübecker Volksboten“.

Bank-Konten:
 Lübecker Privatbank.
 Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank
 in Lübeck.

Sie suchen zum sofortigen Antritt einen studienfähigen, zuverlässigen Mann, der den Stadtwagen für den Stückverkehr als (1425)

Begleitmann
 übernimmt und das Infanterie befehligt.
 H. F. Meiners, G. m. b. H.,
 Dannebergstraße 57/61.

Heute prima Vollfett-Weichkäse
Wilh. Süfke,
 empfiehlt
 1427 Warenborststraße 25. Fernsprecher 8822.

Bilderleisten einrahmungen
 Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,
 Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Rechnungs-Formulare
 werden hergestellt in der
 Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“

Alle Arbeiter
 laufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei
Otto Albers
 Markt 4. Kohlmarkt 10.
 Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Deutsch-Polnisch.
 Sprachbüchlein für Feldsoldaten.
 — Preis 15 Pfg. —
Deutsch-russischer Soldatensprachführer.
 — Preis 20 Pfg. —
 Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.
 Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkriege mit kurzen geschichtlichen und weltpolitischen Einleitungen.
 1. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik.
 Von M. Beer.
 Preis 10 Pfg.
 Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Der neueste Kriegs-Atlas
 mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges. = Preis 1.- Mk.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
 Johannisstraße 46.

Stadthallen-Sommertheater
 Donnerstag, d. 21. Juni 1917:
Der Soldat der Marie.
 Freitag, den 22. Juni 1917:
 Neuheit! Neuheit!
Die beiden Seehunde.
 Lustspiel von Carl Rösler.
 Anfang der Vorstellungen
 8 Uhr.
 Sonnabend, den 23. Juni 1917:
 Anfang 8¼ Uhr:
 Auf Wunsch:
Der liebe Augustin.

Die holländische Verfassungsrevision.

Von J. F. A. Kermit (Amsterdam).

Amsterdam, Anfang Juni.
Die Vorlage zur Abänderung der Staatsverfassung wurde jetzt zum erstenmal von den beiden Kammern der Generalkammern angenommen, das Dekret zur Auflösung der beiden Kammern und zur Ausschreibung von Neuwahlen im Juni ist erschienen, und wenn nicht etwas Unvorhergesehenes eintritt, das eine vollständige Änderung der Situation herbeiführt, kann damit gerechnet werden, daß im Monat September oder spätestens im Oktober die Verfassungsrevision zum zweitenmal, wie das von der Verfassung vorgeschrieben ist, von den beiden Kammern angenommen sein wird und daß im Frühjahr das neue Parlament zum erstenmal unter allgemeinem Männerwahlrecht nach dem Proportionalwahlrecht gewählt und im Jahre 1919 daselbe mit sämtlichen Gemeindevertretungen des Landes der Fall sein wird. Die Verfassungsänderung ist in der Zweiten Kammer fast einstimmig (nur ein sehr alter liberaler Herr war dagegen) und in der Ersten Kammer sogar vollständig einstimmig akzeptiert worden. Im Ansehung dieser Einstimmigkeit haben, da die jetzigen Neuwahlen nur die Verfassungsänderung zum Einjahrs haben und da es jetzt die letzten Wahlen unter dem nun verurteilten Wahlrecht sind und ferner die also gewählten Kammern keine längere Lebensdauer als ein Jahr haben werden — angefaßt dieser Konstellation haben die im Parlament vertretenen sieben Parteien den Beschluß gefaßt, sich bei den jetzigen Wahlen nicht zu bekämpfen, sondern "sagen zu lassen, was sich", und damit nicht nur hohe Wahlkosten zu vermeiden, sondern auch die zweite Bestätigung der Verfassungsrevision durch das neue Parlament möglichst zu sichern. Dieser Abmachung entziehen sich nur einige kleine, nicht im Parlament vertretene Gruppen, und zwar erstens eine bürgerliche Frauengruppe (nicht die beiden großen Verbände für Frauenwahlrecht), die eine Verwerfung der Revision anstrebt, weil diese nur das passive Frauenwahlrecht bringt und das aktive erst möglich macht, jedoch noch nicht einführt; zweitens eine ultra-konservative Gruppe unter der Führung des früheren Ministers Dr. S. van Houten, des Vaters des jetzigen Wahlgesezes, der es nicht dulden kann, daß man sein Produkt durch das allgemeine Wahlrecht erzieht, und drittens die äußerste Linke der Sozialdemokratie unter Wynkoops Führung, im Bündnis mit einer kleinen Gruppe von Christensozialisten, die beide das neue Wahlrecht als "imperialistisch" und als "reaktionäre Sache" verschreien, obwohl es vielleicht das am meisten allgemeine und proportionalistische Wahlrecht ist, das irgendwo in der Welt besteht.

Mit der Einführung dieses neuen demokratischen Wahlrechts schließt in feierlicher Weise ein Kampf, den die holländische Sozialdemokratie seit zwanzig Jahren mit immer zunehmender Kraft und Nachdruck geführt hat. Zugleich beginnt ein neuer Kampf, um die bei der neuen Verfassung entstandene Möglichkeit des Frauenwahlrechts baldigt auch zur Wirklichkeit werden zu lassen und dieses Frauenwahlrecht sofort allgemein zu machen, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß die neue Verfassung jedes Frauenwahlrecht ausschließt, das mit "gesellschaftlichem Wohlstand" verknüpft sein würde, wobei also praktisch kaum ein nicht allgemeines Frauenwahlrecht herauskommen kann. Die Tatsache, daß jetzt in England und Rußland das Frauenwahlrecht eingeführt wird, muß natürlich die Tatkräftigkeit der holländischen Bewegung für dieses Ziel beflügeln. Die Partei hat vor, sofort im Parlament einen Vorstoß in dieser Richtung zu machen, indem sie dafür Sorge tragen wird, daß auf Grund des Proportionalwahlrechts und des passiven Frauenwahlrechts in das neue Parlament und auch in die neuen Gemeindevertretungen eine Anzahl sozialistischer Frauen einzieht, was ohne Zweifel das Drängen zur baldigen Einführung des aktiven Frauenwahlrechts mächtig stützen wird.
Die am meisten beliebte Einwendung gegen unsere jubelnde Zustimmung zu der jetzigen Verfassungsrevision ist die Behauptung, daß wir damit für einige Hunderttausende

Wähler (die Wählerzahl wird sich von einer auf anderthalb Millionen steigern) die neutrale öffentliche Schule "verraten und verkauft" haben. Die Behauptung ist aber ganz und gar unrichtig. Im Gegenteil: Was bei der Verfassungsrevision in Betreff des Unterrichts bestimmt wird, ist genau konform unseren Forderungen und widerspricht dem Standpunkt sowohl der Liberalen als auch dem der Clerikalen. Die ursprünglich liberale Forderung, wie sehr sie auch im Laufe der Jahre verwässert ist, enthält die Unterdrückung jedes religiös gefärbten und privaten Schulunterrichts; die prinzipielle clerikale Forderung beschränkt die Unterdrückung jedes öffentlichen und religiös neutralen Unterrichts. Demgegenüber hat unsere Partei schon im Jahre 1902 auf ihrem Groninger Parteitag die Forderung aufgestellt, auf geistigem Gebiet soll keinerlei Unterdrückung stattfinden, jeder soll "nach seiner Fassung selig werden", die Eltern, die für ihre Kinder einen religiös gefärbten Unterricht wünschen, sollen genau dieselben Ansprüche an die öffentlichen Kosten stellen können wie die Eltern, die neutralen Unterricht wünschen, und keiner soll, weil er das Geld nicht dazu hat, seinen Kindern den Unterricht zu verschaffen, den sein Gewissen ihm vorschreibt, seine Kinder deshalb in die aus den öffentlichen Kosten bezahlte Schule zu schicken haben. Die Verfassungsrevision hat diese unsere Forderung erfüllt, indem sie bestimmt, daß fortan der private (religiöse) Unterricht auf dieselbe finanzielle Unterstützung aus den öffentlichen Kosten ein Anrecht hat wie der öffentliche Unterricht, wobei gleichzeitig, ebenfalls unserer Forderung gemäß, bestimmt ist, daß die privaten Schulen genau dieselben Vorbedingungen gebunden sein werden wie die öffentlichen, die Einrichtung der Schulgebäude, den Umfang des Unterrichts, die Höhe der Schulgelder, die Gehalte, die Prüfungen und die Rechtslage der Lehrer usw. betrifft.

Wir betrachten die Lösung des langwierigen Unterrichtskampfes, der seit Jahrzehnten die holländische Politik vergiftete und vom sozialen Terrain ablenkte, nicht weniger als unseren Sieg als die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes und erwarten, daß die Ausschreibung dieses geistigen Konflikts die politische Klassenscheidung beschleunigen und damit unserer Sache Vorschub leisten wird.
Alles in allem kann die holländische Sozialdemokratie mit großer Befriedigung auf die Verfassungsrevision zurückschauen, die die Frucht ihres unermülichen Kampfes ist und die Bahn ebnet für ihren weiteren Kampf.

Zur Versorgung der Kriegsinvaliden.

Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat in einer bereits erwähnten Rundschreiben Propaganda für eine Erhöhung der Kriegsbeschädigtenrente durch eine allgemeine Sammlung gemacht. Gegen eine solche Bettelrei protestieren wir.

In dieser Angelegenheit stimmen die Parteien von links bis rechts überein, und es steht zu erwarten, daß nur der Reichstag Mittel und Wege schafft, um dem deutschen Volk die Beschaffung zu erparen, daß keine verwundeten Krieger aus Not die öffentliche Müßiggang anrufen müssen.

Wie die an sich schon beschämende Tatsache ihrer Notlage auf unsere Kriegsinvaliden gewirkt hat, zeigt der Artikel eines Kriegsbeschädigten im "Vorwärts", dem wir das Folgende entnehmen:

"Statt die Renten der Kriegsbeschädigten in ausreichendem Maße zu erhöhen, wird der Klingelbeutel für uns im Lande geschwungen. Dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge wollen wir gern ein Verdienst zugestehen: Er hat auf die verzweifelte Lage, in der sich viele Kriegsinvaliden mit ihren Familien befinden, öffentlich hingewiesen. Aber der Weg der Abhilfe, den er beschreitet, ist grundverkehrt. Die Konsequenz der geschätzten Verhältnisse ist nicht, daß jetzt für die Kriegsbeschädigten gesammelt werden muß, sondern daß die Renten der

Kriegsbeschädigten sofort und ausreichend erhöht werden müssen.

Eine öffentliche Sammlung dagegen ist für uns Kriegsbeschädigte unzureichend, demütigend und sogar direkt nachteilig.

Unzureichend! Niemand kann sich einbilden, daß die vielen Millionen Mark, die für eine ausreichende Erhöhung der Invalidenrenten jahraus jahrein (nicht nur einmal) notwendig sind, dauernd, ja auch nur für kurze Zeit durch öffentliche Müßiggang aufzubringen sind. Man soll durch öffentliche Müßiggang aufzubringen sind, die nötig wären, um sämtliche Invalidenrenten nur um zehn Prozent zu erhöhen. Dann werden die unzureichenden Ausschichten einer öffentlichen Sammlung jedermann klar sein!

Demütigend! Wir Kriegsbeschädigte sind keine Bettler, die man mit Almosen abpeißt, wir sind die Gläubiger des Staates, gegen den wir auf Grund unserer Leistungen und Opfer Rechtsansprüche haben. Diese Gläubigerstellung hatten wir jetzt, weil sie die rechtliche und moralische Grundlage aller unserer Forderungen bildet, und lassen uns nicht aus ihr in die Rolle von Almosenempfängern drängen. Genau so, wie die Zeihen von Kriegsangehörigen sich als Gläubiger des Staates fühlten und es sich schwer verbiten würden, wenn man für sie jammertätige, anstatt ihnen pünktlich ihre Zinsen auszusprechen, genau so fühlen wir uns als Gläubiger, die wir mehr als Geld, die wir Gesundheit und Glieder hingegeben haben, und verbiten es uns daher, wenn man uns statt klarer Rechtsansprüche willkürliche Almosen anbietet.

Nachteilig! Derartige Sammlungen mit amtlicher Begünstigung können nur bewirken, daß unsere berechtigten Ansprüche auf Erhöhung der gesetzlichen Renten nicht erfüllt werden, bezw. ihre Erfüllung gefährdet wird. Man wird uns jetzt damit vertrösten, daß ja für Notfälle immer noch die neue "Nationalstiftung" da sei. Wie jetzt schon vielfach Unternehmer ihre unzureichenden Löhne gegenüber den Kriegsbeschädigten mit dem Hinweis auf ihre Rente rechtfertigen, so wird man künftig von anderer Stelle mit den gelegentlichen Almosen der neuen Stiftung die Ungulandigkeit der gesetzlichen Rente zu rechtfertigen suchen. Haben die Kriegsbeschädigten ihre Gläubigerstellung gegen Staat und Öffentlichkeit erst einmal grundsätzlich preisgegeben, so wird man dauernd versuchen, sie mit gelegentlichen Geschenken abzuspeisen, anstatt ihnen feste Rechte zu geben."

Vorschläge zur preussischen Verwaltungsreform.

Auf ein Aufforderung des Unterstaatssekretärs Dr. D r e w s, der vom König mit der Vorbereitung der Verwaltungsreform beauftragt ist, hat der Vorstand des preussischen Städtetages in seiner Eingabe die Grundzüge festgelegt, die dem Standpunkte der städtischen Verwaltungen aus bei einer solchen Reform zu beobachtend sind. Das Wesentliche aus den 15 Forderungen, in denen die Eingabe gipfelt, ist nach der "Volks. Ztg." in folgendem zusammengefaßt:

Nicht minder wichtig, als Änderungen der Gesetzgebung ist eine Durchdringung der staatlichen Aufsichtsbehörden mit einem Geist, der grundsätzlich in den Entscheidungen der Selbstverwaltungorgane die selbstverantwortliche Willensbildung vollberechtigter Organe des Staats- und Volkslebens achtet. In diesem Sinne wird auf den Erlass des Ministers des Innern vom 18. März 1916 verwiesen. Die Staatsaufsicht soll geistlich darauf beschränkt werden, daß sie nur darüber zu wachen hat, ob die städtische Verwaltung entsprechend den Gesetzen und rechtsgültigen Verordnungen geführt wird, sowie dafür zu sorgen, daß etwaige Mängel, die den geordneten Fortgang der Verwaltung gefährden, beseitigt werden. Die Staatsaufsicht wird nur über die Stadt als solche, nicht über einzelne städtische Beamte oder Einrichtungen geführt. Den städtischen Verwaltungen soll eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren gegen staatsaufsichtliche Anordnungen zugelassen werden.

Den Gemeinden sollen möglichst viele Aufgaben zum eigenen Wirkungsbereich übertragen werden. Die königlichen Polizei-

Es faust das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.
Von Dorothy Richardson.
Eingig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Carlson.

18. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

"Aber ich habe zwei Freundinnen," sagte Goldy, "die haben es fern. Die sind in einer Fabrik, die sie heimfahren läßt, sobald sie nur ein bißchen Kopfschmerzen haben. Was sagst du jetzt dazu?"

Die meisten Bestellungen mußten noch bis zum Abend erledigt werden, selbst wenn wir überhunden machen mußten.

Sonst schlossen wir am Sonabend um viereinhalf Uhr nachmittags, und Henriette wäre auch heute gerne zu der gleichen Zeit fertig geworden, denn sie wollte noch allerlei Einkäufe zu erledigen, und dann sollte sie auch noch am Abend zu ihr ziehen. Wir machten deshalb keine Mittagspause, sondern aßen hin und wieder zwischen der Arbeit einen kleinen Bissen. Die anderen hatten es genau so eilig wie wir. Der Kopf schmerzte mich, meine Hände waren mit Schwielen bedeckt und ich hielt mich nur mit knapper Not an den Beinen, so schmerzten mich die Knöchel. Ich sah aber, daß es den anderen ebenso ging; fast eine jede hinkte mühselig daher, wenn sie ihre Schachteln zu den Regalen hinübertrug.

Wollte dieser Tag denn niemals zu Ende gehen?
Heute lang oder schwachte niemand; alle waren nur von dem einen Gedanken befaßt, mit der Arbeit fertig zu werden; ein jeder Muskel war bis zum Äußersten gespannt.

Ich war so müde und schwindelig, daß ich kaum mehr die Augen aufhalten konnte; ich schaute immer wieder auf die Uhr hinüber, die über Annie Ringers Puls hing. Es ist zwei Uhr!

Es war, als müße die furchtbare Kraftanstrengung nicht nur die Menschen, sondern auch die Maschinen auseinanderreißen. Wie lang sollte dieser nervenaufreibende Zustand noch fort dauern? Kam denn von irgendwo eine Hilfe, eine Linderung?

Nach zwei volle Stunden, bis die Maschinen abstoppen aber sie werden heute nicht eher stoppen, als bis alle ihre Arbeit abgeliefert haben. Um halb drei Uhr sieht es noch nicht danach aus, als ob wir vor sechs Uhr fertig werden könnten.

Annie Ringer läuft ganz aufgeregter durch den Saal und ruft, wir müßten arbeiten, daß die Funken sprühen, denn die Kunden warten auf die Ware, und sie muß unbedingt noch heute vor Geschäftsschluß hinaus.

"Als wenn wir nicht ohnehin arbeiten würden, daß wir halb nährlich werden!" rief Rosie Sween ärgerlich. "Wie ich doch diese

Weihnachten und dies Oterfest haße! Ein jedesmal genau die gleiche Geschichte! Ich fühle meine Beine kaum mehr.

Und sie begann auf Gott und die ganze Welt zu schimpfen, denn sie konnte sich das gewissermaßen leisten; sie war nicht nur schön und hatte die feinsten Finger, sondern sie hatte von allen entschieden auch die süßste und schärfste Zunge.

Annie Ringer pflegte oft zu sagen:
"Die Rosie sehe ich eines schönen Tages noch vor die Hunde gehen."

Es wurde drei — halb vier — dreiviertel vier.

Die Spannung war kaum mehr zu ertragen.

Und da plötzlich ging es wie ein erfrischender Wind durch den Saal. Angelina begann zu singen. Sie sang irgendein sentimentales Lied; aber dies Lied wurde in diesem Augenblick zu einem Freiheitsgesang; es bedeutete, daß nun doch endlich bald das Ende der Arbeit herannahe. Eine nach der anderen stimmte ein, bis daß schließlich ein ganzer Chor beistimmen war.

Punkt vier Uhr war die letzte Schachtel fertig; die Maschinen schnauften ein paar mal schwerfällig und hielten dann plötzlich inne, und wieder zog die tiefste Stille des Feierabends ein in den Saal.

Schnecken und Eimer wurden herbeigeschleppt, denn es war ja Samstag, und unter Lachen und Singen putzten und scheuerten wir etwa eine halbe Stunde lang unseren Arbeitsaal. Es war, als sei alle Bläderei und Not wie mit einem Schlag vergessen. . .

Henriette schickte mich in den Toiletterraum, um frisches Wasser zu holen, und während der Bottich vollgef, betrachtete ich mir die Kleider meiner Kolleginnen, die ringsum an den Wänden hingen. Da waren regelrechte Promenadkleider, helle Frühlingsjassen, schwarze Seidenröcke mit Spitzenbesatz und alle möglichen anderen Dinge, die sich verhältnismäßig billig den Modellen in den großen Modegeschäften nachmachen lassen. Zwischen all diesen Herrlichkeiten hingen noch die Ballkleider von der vergangenen Nacht, die nun an diesem Oterstamstag neuerdings ausgeführt werden sollten, und unter den Kleidern standen in langen Reihen Lederschuhe mit hohen Nägeln, mit Goldspangen und großen Seidenschleifen geschmückt. Die Hüte paßten sich in allem der sonstigen Kleidung an; sie waren meist groß und über und über mit Blumen oder mit Federn bedeckt.

Wie viel schwere Arbeit müssen all diese Kleider und Schuhe und Hüte gefertigt haben? Ich fuhr es mir unwillkürlich durch den Sinn, während ich mich beeilte, meinen Wasserbottich wieder vorzubringen.

Und Henriette gab mir später auf meine Frage die Antwort. "Ich liebe es, mich zu putzen," sagte sie, während wir die Straße hinabgingen, "und wenn ich dafür arbeiten müße, bis ich gerade zusammensacke! O, wenn Sie erst einmal meinen

neuen Hut gesehen haben werden! Etwas Eleganteres gibt es glaube ich, nicht in ganz New York. . ."

Sie hatte ihren Wochenlohn von vier Dollar in ihren Strumpfen gesteckt.

Nun legte sie ihren Arm in den meinen und zog mich die Straße hinab, die ganz mit heimwandernden Arbeitern angefüllt war.

Es war ein prächtiger, warmer Tag, einer jener Tage, an denen man merkt, daß es mit dem Frühling nun wirklich ernst wird. Als wir aus der Fabrik kamen, lag Thompson Street im Schatten, an den Straßenzweigungen aber sahen die volle Nachmittagssonne herein.

Henriette trug einen schwarzen, taubigen Sammethut mit einer großen Straußenfeder und schmutzigem, weißem Chiffon und dazu ein helles Sommerjacket, das jedoch nicht lang genug war, um die Sicherheitsschuhe zu verdecken, mit denen sie während der Arbeit ihr Kleid hochgehüpft hatte, und die sie vergessen hatte herauszunehmen.

Während sie ihr Kleid in Ordnung brachte, sah ich die lange Straße hinab. Den ganzen Tag über hatte ein heftiger Wind diese Staubwolken durch die Stadt hingeejagt; nun, nachdem die Menschen eine lange Arbeitswoche hinter sich und die Freiheit wieder hatten, sah es heinease aus, als hätten sie mit den grauen Staubwolken um die Wette. Von allen Seiten brummen und gellen die Sirenen der Fabriken, überall öffnen sich knarrend die schweren Fabrikttore und spien dicke Ströme von Arbeitern aus. Da waren alle möglichen Rassen und Nationen vertreten: Deutsche und Russen, Spanier, Italiener, Griechen, Juden, Slawen, Dinavier und "freigeleborene" Amerikaner.

Die meisten sahen froh und zufrieden aus, denn sie hatten ja ihren Wochenlohn in der Tasche oder, wie Henriette, im Strumpf, was in der Tat eines der besten Mittel gegen die Taschendiebstahl ist, die in allen Gassen und Kantien auf Beute lauern.

Oterlamstag!

Ich hatte es beinahe wieder vergessen gehabt, daß es Oterlamstag war. Darum also waren heute so viele Menschen unterwegs! Und darum wimmelte es überall von fliegenden Händlern, die mit mächtigem Stimmaufwand ihre Waren an den Mann zu bringen suchten!

Henriette machte bald bei diesem, bald bei jenem halt, aber sie ging schließlich doch immer wieder weiter, denn sie hatte keine Lust, sagte sie, ihr sauer verdientes Geld für derartige Kinderkram anzulegen. Erst vor dem Karren eines Italiener, der hunderte Heiligenbilder verkaufte, wurde sie mankeimütig und begann zu freilichen.

(Fortsetzung folgt.)

Veraltungen sollen auf die eigentliche Sicherheitspolitik beschränkt werden.

Eine Einschränkung der Genehmigung wird nach vielen Richtungen verlangt, zunächst überall da, wo die rechtliche Grundlage für das Genehmigungsrecht zweifelhaft ist, weiter beim Verkauf von städtischen Grundstücken, bei der Annahme von Spenden...

Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie.

Am Sonnabend und Sonntag fand im Berner Volkshaus der Parteitag der Schweizer Partei statt. Die Ereignisse der letzten Monate hatten der Tagung aber auch noch die Beratung der Stellungnahme zur Konferenz in Stockholm aufgebracht...

Präsidiert wurde der Parteitag von Klüti-Zürich, Schneberger-Bern und Pflüger-Zürich. Referenten für den ersten Verhandlungsgegenstand waren Schneier-Basel und Nobs-Zürich. Der Parteivorstand, der auf dem Boden der Rientaler Beschlüsse steht, legte eine Resolution vor...

Der Parteitag erklärt sich einverstanden mit den Beschlüssen, Tischen und Manifiesten der zweiten Konferenz von Kienthal. Der Parteitag erklärt sich solidarisch mit den Internationalisten aller Länder, die durch Organisierung und Fortführung des Klassenkampfes die Stellung ihrer Regierungen zu untergraben suchen...

Der Parteitag erklärt sich mit der von der Kienthaler Konferenz geübten Kritik und Beurteilung der Haltung des Internationalen Sozialistischen Bureaus einverstanden. Um eine sozialdemokratische Arbeiter-Internationale wieder herzustellen, muß mit der Politik der Duldung gegenüber denen, die den Boden des Klassenkampfes und damit die Beschlüsse der zweiten Internationalen angegeben haben...

In der Diskussion trat Graulich dafür ein, in Stockholm auch mit den nicht zur Zimmerwahl-Kandidatur sich Befehmenden zu verhandeln. Klatten glaubt an die Konferenz in Stockholm überhaupt nicht und meint, daß sie nur ein Fährlein der Regierung sei...

An die Beratung des Schmid'schen Antrags schloß am zweiten Verhandlungstag, bei Eintritt in die Diskussion über die Militärfrage, Luze-Herr-St. Gallen einen Antrag der kantonalen Sektionen von St. Gallen-Ugenten-Solothurn an, die Behandlung der Militärfrage bis nach dem Kriege zu verschieben...

Die beiden zur Beratung stehenden Anträge in der Militärfrage sind dem vortier auszuführen beschlossen und im Kantonien genehmigt worden, jedoch sie als bekannt vorausgesetzt werden dürfen. Klatten begründete den Beschlusstext mit der Minderheit. Dieser die Anträge der Jugendorganisationen...

Zumächst läßt auch er, trotz aller Radikalismus in seinen naturlichen Aussagen noch allerdings Denkmale zu und es ist für ihn eine solche gewisse Bewusstheit der Parteiung nicht ganz losgerissen und besorgend, daß er den gesamten Schmid'schen Antrag verwirft und ebenso einen Satz vor der Abstimmung eingebracht, der eine prinzipielle Zustimmung für oder gegen die Kriegsvermeidung enthält.

Die Zauberkraft des Kriegsgewinns.

Vor einiger Zeit las man im Unterhaltungsstil kürzlicher Blätter eine sehr gute Satire über die Schwärmerei der bilanzierenden Amtsstuben zu hoher Kriegsgewinne. Ein Unternehmungsgeistiger schenkt ein Grundstück und eine Kasse an die Kriegsgewinnsteuer nicht gerne mit 100 Prozent Gewinn abschließen wollte...

Kriegsgewinnsteuer nicht gerne mit 100 Prozent Gewinn abschließen wollte, fragte in der Stube einen Bilanzfachmann, wie er den Gewinn am besten aus dem Jahresabschluss fortbringen könnte.

Schreiben Sie doch alles Inventar auf eine Kart ab," lautete der Rat. "Ist schon längst geschehen," war die fröhlich stolze Antwort.

"Dann legen Sie auch die Summe für zweifelhafte Schuldner ab; hüben Sie z. B. alle Auslandsforderungen als zweifelhaft."

"Ist schon längst geschehen." So ging es die Reihe der Ratschläge durch. Aber alle Mittel, die Gewinne zu verdecken, waren schon längst erschöpft; welches neue Mittel schließlich gefunden wurde, war in der Satire nicht erzählt, aber gefunden war eins, denn der Fall schloß damit, daß trotz alledem von dem Kriegsgewinn im Jahresabschluss nur ein geringer Teil sichtbar wurde.

Das war, wie gesagt, eine Satire, eine Plauderei, eine Erzählung, die volksmäßigkeitliche Besondere-Phantasie ausgedacht hatte. Die Wirklichkeit übertrifft diese Erzählung aber noch bei weitem. Die Öffentlichkeit erfährt darüber gelegentlich die Wahrheit, wenn sich in einem Unternehmen zwei Kriegsgewinn-Parteien streiten. So ist es jetzt in der Daimler-Gesellschaft. Die Daimler-Gesellschaft hat ihre Dividende für 1915 von 12 auf 28 Prozent erhöht und für 1916 eine weitere Steigerung auf 35 Prozent vorgenommen. Gewisse Aktionäre fordern die Auszahlung höherer Dividenden oder vielmehr die geschuldete Ausgabe neuer Aktien an die Aktienbesitzer, um auf diese Weise das Kapital zu vergrößern und höheren Profit ohne Aufsehen auszugeben zu können.

Die Daimler-Motore haben für die deutsche Kriegführung zweifellos viel geleistet, und selbst ein sehr hoher Gewinn erscheint daher begreiflich. Aber für die staatliche Steuererhebung ergibt sich daraus, daß eine Kriegsgewinnsteuer von 100 Prozent manchmal noch nicht den vierten Teil der Kriegsgewinne wirklich erzielt. Von über 8 Millionen Mark Reingewinn hat die Daimler-Gesellschaft nur 2,8 Millionen ausgezahlt. Den großen Kriegsgewinnen Aktionäre gehen es ähnlich wie dem Zauberkünstler, dem die dienfertigen Geister Kaiser über Kaiser heranzuschleppen, daß er zu ertrinken droht. Die Arbeiter, die Not der Frontsoldaten und die im Kriege doppelt große Freigebigkeit der Staatsverwaltung schleppen ihnen Gold über Gold heran — man sollte meinen, sie müßten sich darunter erlösen. Aber es sind Zauberkünstler, die selbst die größten Millionen-Summen unterzubringen, auszuteilen oder zu verdecken wissen. Je mehr der Staat ihnen davon wieder abzugsfähig vermag, desto weniger wird die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege sein, desto weniger die Gefahr Verfalligkeit werden, daß das deutsche Volk in zwei Schichten von ungeheuer reichen Rentnern und elenden Arbeitsskizzen zerfallen wird.

Genossenschaftsbewegung.

Der 15. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der am 18. und 19. Juni in Nürnberg tagte, nahm folgende Resolution an:

Der 15. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, am 18. und 19. Juni in Nürnberg, erklärt, daß er sich der vielfach von der Presse und von Organen der Landwirtenschaft, der Industrie und des Handels verbreiteten Auffassung, die vorhandenen Ernährungschwierigkeiten seien auf die Ausschaltung des freien Handels zurückzuführen, nicht anschließen kann. Er ist vielmehr der Überzeugung, daß die Hauptaufgabe der Kriegs-ernährungswirtschaft, die immer knapper werdenden Nahrungsmittel gleichmäßig auf das ganze Land und gerecht auf alle Bevölkerungsschichten in Stadt und Land, auf Arm und Reich zu verteilen, nur durch eine zwangsläufige Organisation der Volksernährung gelöst werden kann. Stimmt der Genossenschaftstag zu dem Grundgedanken unserer Ernährungs-wirtschaft im Kriege zu, so muß er doch andererseits betonen, daß im einzelnen keine Ausführung noch viel zu wünschen übrig läßt. Die seit Kriegesbeginn für die Konsumgenossenschaft bestehenden besonderen Schwierigkeiten sind noch nicht beseitigt, trotz der Anordnungen der Zentralbehörden, die dieses Ziel im Auge hatten. Noch immer haben zahlreiche Konsumgenossenschaften darüber zu klagen, daß sie bei der Zuweisung von Waren benachteiligt werden; die bei der Warenverteilung für die genossenschaftlichen Wärdern in einzelnen Kommunalverbänden bestehenden Uebelstände dauern fort; Parteien und Uebelwollen gegen die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen machen sich noch bei Behörden, meistens solchen der Kommunalverbände, bemerkbar und befehlen unerwünschte Beschränkungen und Benachteiligungen der Konsumgenossenschaften. Die Großhandels-genossenschaft deutscher Konsumvereine ist bei der Warenverteilung beinahe ganz ausgeschlossen; ihre Einrichtungen und Kräfte, die sich so notwendig zur Hilfe bei einer gemeinsamen Warenverteilung eignen, liegen brach. Der Genossenschaftstag legt auf aus neue gegen diese Methoden Verwahrung ein. Er fordert die Genossenschaften auf, mit Unterstützung des zentralen Resolutionsverbandes alle ihnen zuteil werdenden Benachteiligungen zum Gegenstand von Beschwerden an die Behörden des in Frage kommenden Bundeslandes zu machen, um auf diese Weise eine Beseitigung der Uebelstände zu erreichen. Mit allem Nachdruck verlangt er außerdem, daß den Konsumgenossenschaften durch die Plak im Verteilungsorganismus angewiesen wird, auf den sie Anspruch erheben dürfen. Endlich erweist er die Forderung, daß Mittel und Wege gefunden werden, um auch der Großhandels-genossenschaft deutscher Konsumvereine die Anrechtserhaltung und den Weiterbau ihrer geschäftlichen Beziehungen zu den Konsumgenossenschaften im Rahmen der behördlichen Verteilungsorganisation zu ermöglichen.

Genau: 1. Das durch den Krieg schwer gekränkte Wirtschaftsleben des deutschen Volkes bedarf für den Wiederbau und die wirtschaftliche Organisation der Dinge ist es durchaus geboten, daß auch die Konsumgenossenschaftlichen organisierten Verbraucher in den öffentlichen-rechtlichen Jahresverrichtungen des deutschen Wirtschaftslebens zu Wort kommen. 2. In Hinblick darauf scheint es als eine im Interesse der Genossenschaftlichen Bewegung liegende und ausschließliche Aufgabe zu sein, die Verbraucherverbände bei der wirtschaftlichen Neuordnung der Dinge ist es durchaus geboten, daß auch die Konsumgenossenschaftlichen organisierten Verbraucher in den öffentlichen-rechtlichen Jahresverrichtungen des deutschen Wirtschaftslebens zu Wort kommen.

der Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten, unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß den Konsumgenossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen in den bestehenden Handelskammern eine im Verhältnis ihrer organisatorischen und wirtschaftlichen Bedeutung zur Allgemeinheit und Gesamtwirtschaft des Volkes stehende ständige Vertretung eingeräumt wird."

Aus Nah und Fer.

5000 Mk. durch einen falschen Postboten gestohlen. Auf einem Berliner Postamt erschien in der Postkammer ein Mann in Soldatenuniform und erklärte den anwesenden Beamten, er sei Postbote und von der Verwaltung entlassen, um jetzt in der Postkammer Dienst zu tun. Auf seine Bitte zeigte ihm der Beamte seine künftigen Obliegenheiten und ließ ihn dann einen Augenblick allein. Dies benutzte der Fremde sofort, um mit einem Wertbeutel zu verschwinden, der mehrere Scheids über zusammen annähernd 5000 Mk. enthielt.

Im Auto verbrannt. Am Montag abend nach 10 Uhr fuhren der 37-jährige Kaufmann Wilhelm Berkwitz, seine Ehefrau Marie und der Rechtsanwält o. Weise in einer elektrischen Kraftdrosche die Bubapfer Straße in Berlin entlang. Aus noch nicht bekannten Ursachen schlug plötzlich eine Stachelnadel aus dem Innern des Wagens hervor und setzte die Kleider der Frau W. in Brand. Sie erlitt erhebliche Brandwunden am ganzen Körper, der Ehemann, der die Flammen zu ersticken versuchte, Brandwunden an beiden Händen.

Von der Lokomotive abgeführt und getötet. Auf der Bahnstrecke Berlin-Altenhofen unweit des Bahnhofes Soest ist der Zugführer Steermont von der Lokomotive des Schnellzuges herabgeworfen, überfahren und getötet worden.

Der letzte Sohn durch Mordhand gefallen. Schwere Leibe hat die Witwe Kirchner in Eberswalde betroffen. Nachdem im ersten Kriegsjahr ihr Mann und der älteste Sohn den Tod auf den Schlachtfeldern fanden, hat sie jetzt auch ihren jüngsten Sohn durch Mordhand verloren. Der Junge war in Schenkenberg in der Lehre, von wo er sich am Sonntag stets nach Hause begab. Er mußte einen Landweg benutzen, ehe er die Prenzlauer Kleinbahn erreichte. Am 9. Juni nahm er diesen Weg, von einem Mitfährer begleitet. Kurz vor Eintreffen auf der Kleinbahn bei Wilmendorf verabschiedete der Junge seinen Begleiter, um die restliche Strecke des Weges allein zu gehen. Vor der Kleinbahn mußte er noch an einem Felde vorüber. Offenbar ist er hier überfallen worden, ins Feld geschleppt und mit einem scharfen Instrument tödlich verletzt worden. Die Mutter wartete am Sonntag vergeblich auf die Ankunft ihres Sohnes, der auch am folgenden Tage nichts von sich hören ließ. Dies machte auch den Meister stutzig, so daß er sich an Frau Kirchner um Auskunft wandte. Man suchte nach dem Vermißten und entdeckte dann die schrecklich verblutete Leiche im Kornfeld. Die Leiche war herabgetreten. Es fehlte die Geldbörse, die Uhr und ein Rucksack mit Lebensmitteln, während ein größerer Kasten, in dem sich Kleidungsstücke befanden, unweit der Leiche lag. Von dem Täter fehlt bisher noch jede Spur.

Feuersbrunst in der Leblinger Heide. Durch einen Brand, der schon seit Tagen wütet, geht aber erst zur höchsten Ausdehnung gekommen ist, sind, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Magdeburg gemeldet wird, 3000 bis 4000 Morgen Kiefernwald in der Leblinger Heide vernichtet worden. 1000 Mann Magdeburger Pioniere und Infanterie weilen auf der Brandstelle. Die größte Gefahr scheint jetzt behoben zu sein. Ein Heidebock, das sehr gefährdet war, konnte gerettet werden.

Eisenbahnunglück. Der Güterzug 6040 fuhr in der Nacht zum Mittwoch infolge Ueberfahrens des Einfahrtssignals auf dem Bahnhof Gernisch auf die Rangierabteilung, wobei drei Lokomotiven und fünf Wagen entgleisten. Der Lokomotivführer und der Heizer des Güterzuges wurden getötet. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten, Waggänge über Güterglück umgeleitet.

Opfer des Wassers. Beim Kahnfahren ertrunken sind in Berlin zwei junge Burden von 14-16 Jahren, die in der Nähe des Moabiters Schützenhauses auf dem Spandauer Schiffskanal ruderten. Gegenüber dem Schützenhaus wechselten sie die Plätze, wobei das kleine Boot umschlug. — Beim Baden ertrunken sind zwei Personen. In der von Türken Badeanstalt in Potsdam wurde die 19 Jahre alte Metallarbeiterin Frieda Borwitz von einem Herzkampf betroffen und im Müllgefäß bei Hirshgarten erkrankt der Militärurlauber Otto Franke aus Berlin-Lichtenberg.

Schweres Brandunglück in Böhmen. Die an der Sprachgrenze in Böhmen gelegene deutsche Gemeinde Groß-Borowitz ist, wie aus Könitzgrätz berichtet wird, vollständig abgebrannt.

Eine wahre Geschichte von zwei Eiern erzählt der „Berliner Börsen-Courier“. Weh dem, der seine Stiefelhölzer durchgelaufen hat! Der eine Meister hat gerade kein Leder, der andere keine Zeit, der dritte ist eingezogen und der vierte wird ungezogen und wirft einen mitsamt den unbefohlenen Stiefeln zur Tür hinaus. ... Ich hatte in Borahnung dieser Geschichte ein selbst übernommen, meine Stiefel zum Schuhmacher zu tragen. Aber überall fand ich feinstärkte Schuhmacherherren. Ein Kamillentrat, dann entschlöß ich mich, noch einmal bei Meister Hammemann das Wagnetz zu unternehmen. „Lieber Meister“, begann ich mit dem äußersten Aufgehob von Liebenswürdigkeit und Höflichkeit schon in der Aubentur, aber der „liebe“ Meister schüttelte den Kopf, und seinem Mund entquang das niedermetzenwort: „Ausje-fälloffen!“ Ich entfaltete alle meine Beriesamkeit, Hammemann blieb jedoch uneröflich. Da kam mir plötzlich ein rettender Gedanke. Ich ließ mir beiläufig die Aeußerung fallen: „Ich würde ja gern ein frisches Hühnerei dafür opfern!“ Hammemann horchte hoch auf, gewann aber bald die Fassung wieder und sagte mit Raschheit: „Zwei!“ Schwermere Herzen willigte ich ein, allein Hammemann, der miktährige Hammemann, wollte die beiden Eier schriftlich haben. Und so kam folgender Vertrag zustande: „Der Schuhmachermeister Wilhelm Hammemann verpflichtet sich, Herrn K. ein Paar Herrenstiefel auf Hand zu befohlen, gegen den üblichen Preis (er wußte schon, warum er rüchlich groß schrieb), und er zwei frühe Hühnereier, nicht Kalteier. Ein Ei wird bei Entgegennahme des Auftrages, das andere bei Ablieferung der Schuhe entrichtet. Diefzeit höchstens zwei Wochen.“ — Ich habe meine Stiefel nach drei Tagen erhalten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: Th. Schwarz, Druck Friedrich Weyer & Co. Sämtlich in Lübeck

Gelesene Nummern des „Volksboten“

bitten wir nicht wegzuworfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.